

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Kribbe“, „Die Kommunistin“, „Der Jungarbeiter“, „Die Rote Glocke“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Kleber-Harnsdorf, Seidenbach, Ren-Salzhenna, Welschitz, Wastegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Millimeterzeile oberem Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeile und Besondere Angelegenheiten 6 Goldpfennig. — Kleinanzeigenpreis: Die Millimeterzeile 3 Goldpfennig oberem Raum im Wert 60 Goldpfennig

Dienstag, 23. Dezember 1924.

Abonnementspreis: Der wöchentlich 5 maligen Erscheinen monatlich 2,25 Gr. wöchentlich 10 maligen Erscheinen monatlich 3,75 Gr. — Einzelhefte 10 Pf. — Einzelhefte durch Straenverkufer, 10 Pf. — Redaktion und Expedition: Breslau, Zwotzinger Straße 50. — Postamt Breslau Nr. 744 — Fernsprecher: Breslau Nr. 2071

Aus dem Lande der Freiheit an Max Holz und die anderen schlesischen Gefangenen!

Wir Millionen der Stadt Wjatta fordern am siebenten Jahrestage der großen Oktober-Revolution zum dritten Male die sofortige Befreiung unseres Ehrenmilitars Max Holz, der im Breslauer Gefängnis eingekerkert ist, und seine Auslieferung zwecks Beitritt in unsere Reihen.

14. November 1924, Nr. 27 693.

Allgemeine Versammlung.
(Gremisch, Semzow).

Teure Genossen!

Wir Dienende und Angestellte bei der Hauptabteilung des Volkshilfskomitees der Stadt Jarant, Gouvernment Wjatta, Mitglieder des Vereins „Morp“ (Morp ist der abgekürzte Name des internationalen Vereins, der den Revolutionären materiell und geistig Beistand leistet), gratulieren Euch zur siebenten Jahresfeier der roten Oktober. Der tote Oktober hat uns den rechten Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse von der Bedrückung des Kapitalismus gezeigt.

Die russischen Arbeiter und Bauern sind schon frei, aber sie vergessen nicht, daß im Auslande das Staatsruder noch in den Händen der Kapitalisten ist, die unsere Genossen, die Kämpfer für die Arbeiterklasse, quälen und in den Gefängnissen schmachten lassen.

Brüder! Uns sind die Gefängnisse in den kapitalistischen Ländern bekannt. Wir kennen Eure Leiden. Aber verget nicht, daß wir in Gedanken immer mit Euch sind, und daß der Tag nicht weit ist, an dem der tote Oktober die Tore Eurer Gefängnisse mit Macht sprengen wird. Habt Mut und seid standhaft! Der Sieg des Proletariats ist nicht weit. Die Sache der Revolution ist in sicheren Händen der Dritten Kommunistischen Internationale.

Höch der allweltliche Oktober!

Höch die 1. Kommunistische Internationale — der Wegweiser zum Sieg!

27./X. 24.

Verwaltung:
Wlastina, Schustoff, Smirnow.

An die Gefangenen des Weltkapitals!

Aus dem fernen Wjatta kunden wir Hörer des Kunstgewerbe-Technikums Euch, die Ihr unter dem Joch unseres internationalen Feindes — des Kapitals stöhnt, unsern wärmsten Grüß und sagen:

„Genossen, geht die Hoffnung nicht auf. Das siebenjährige Bestehen der Sowjetrepublik ist der beste Beweis dafür, daß unsere Sache gedeiht, und wir Hörer unterstützen mit allen Mitteln der roten Hilfe Eure Kräfte bis zu dem großen Augenblick, wenn die Kerker des Kapitals sich öffnen und der blutrote Baum der Weltrevolution die langersehnte Frucht, den Weltsozialismus, tragen wird.“

Im Namen der allgemeinen Versammlung der Zellenmitglieder der „Roten Hilfe“ des Kunstgewerbe-Technikums.

Mit kameradschaftlichem Grüß

Wjatta, Trojitskaja, Haus Nr. 56.

Zellenburo der „Roten Hilfe“.

7. November 1924.

Werte Genossen!

Ihr fühlt haerlich diesen großen Tag, den Tag, an dem unser freies Land den größten Festtag feiert. Wir versammeln uns frei in unsern besten Klubs, wo wir frei unsere Meinung äußern können, während Ihr in den bürgerlichen Karamaten schmachtet. Wir Frauen nehmen gleich den Männern am Aufbau des neuen, besseren Lebens teil. Wir studieren in den Volkshochschulen, die wir ebenfalls nicht betreten durften, von dem wir nicht einmal träumen konnten. Eure Frauen leben vorläufig noch in der Sklaverei, aber bald werden sie dieses Joch abwerfen können, und für die ganze Welt wird ein neues, glücklicheres Leben beginnen.

Mit kameradschaftlichem Grüß

Die weiblichen Hörer und Angestellten des Landwirtschaftlichen Technikums in Wjatta.

Ein erschatternder Schrei aus dem Glaber Kerker.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt

Auf Grund Ihres öffentlichen Auftrages über Gefangenenmishandlungen erlaube ich mir, mich an Sie hilfesuchend zu wenden. 1921 sind im hiesigen Gefängnis fortgesetzt schwere Gefangenemishandlungen verübt worden. Mehr als dreihundert Missethatige, darunter auch ich, haben dagegen die scharftesten Beschwerden und Proteste erhoben, jedoch ohne Erfolg. Hier auf wurde unser Leidensgenosse

Carl Kosiol in der Nacht in der Zelle überfallen und schwer gemishandelt.

Durch dessen jämmerliche Mißhandlung sind wir stark demoralisiert worden und regten uns darauf auf. Am folgenden Tage sind wir deshalb vom Gefangnisvorsteher mit allerhand köstlichen Schikanen schikaniert worden, dabei wurden uns auch

die Fenster zugekorkt.

Da wir fast alle über drei Jahre gegen unsere Willen haerlich sind, ließen wir uns das Unrecht auf unsere Gesundheit nicht gefallen. Wir mußten uns selber helfen, indem wir versuchten, eine Scheibe runtzunehmen. Hierbei ist die Scheibe bei den meisten kaputt gegangen, auch bei mir.

Wegen der einen Scheibe wurden wir mit vier Wochen strengem Arrest bestraft (verdammt)

und an Händen und Füßen mit schweren Ketten in frummer Stellung an die Wand gefesselt.

Oberdem wurden uns noch wegen der kaputten Fensterkerbe (Wertobjekt 25 Pfennig) ein richterlicher Strafbefehl auf

4 Wochen Gefängnis

am 14. April 1922 zugewiesen. Wegen dieſen habe ich sofort Befreiung eingelebt. Seit am 5. Dezember 1924 ist dem neuen deshalb Verhandlung gewesen. Jedoch beantragte ich sofort

schriftlich und mündlich die Verdagung des Urteiles, erstens, weil ich keine Anlagenschrift bekommen habe, zweitens, weil drei von mir angeforderte Entlastungszeugen nicht geladen worden sind. Der Vorsitzende wollte mir einreden, daß der frühere Strafbefehl der Anlagenschrift gleichwachsen sei. Die Entlastungszeugen zu laden, habe er nicht nötig. Das mache er, wie er wolle. Der Gang der Verhandlung hat aber bewiesen, daß die von mir angeforderten Entlastungszeugen geladen werden müssen. Unter anderen mehrdeutigen Behauptungen hat der Belastungszeuge Gefangnisinspektor Herr Futtner einen wentlichen Meineid geschworen, indem er wider besseres Wissen unter Eid die fortgesetzten Gefangenemishandlungen ganz entschieden abgeleugnet hat. Und dennoch ist gerade durch die Mißhandlungen unsere Aufregung direkt provoziert worden. Daß Futtner einen Meineid geschworen hat, das werde ich kunfts beweisen. Vor allem wollte ich keine bestimmte Behauptung wörtlich ins gerichtliche Protokoll eingetragen haben. Dieser wiederholte dringliche Antrag von mir, wurde vom Vorsitzenden entschieden abgelehnt mit der Bemerkung, das mache er, wie er wolle. Auf Grund der belastenden Angaben des Futtner wurde ich jetzt zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Wegen das Urteil habe ich sofort Berufung eingelegt. Ferner habe ich beim Herrn Justizminister wegen der unzureichenden Stellungnahme des Vorsitzenden Beschwerde geführt. Ferner habe ich sofort Klage und Strafverfolgung gegen Futtner wegen Meineid erhoben. Die Gemishandelten und Zeugen hierzu sind: 1. Walter Zeilen, 2. Otto Zeige, 3. Hermann Fegemann, 4. Kosiol, 5. Otto Rausch, 6. Reinhold Bernhardt, 7. Alfred Stammann.

Die ersten drei Jungen und der letzte befinden sich in der Strafanstalt in Briesa. Zeuge 5 ist augenblichlich im hiesigen Gefängnis, geht aber demnächst in die Strafanstalt Briesa zurück. Zeuge 4 ist im hiesigen Gefängnis gewesen, wo er hunehmlich ist, werde ich noch herausbekommen. Zeuge 7 ist im Gefängnis Groß-Strehlitz. Wilhelm Kolbe.

Das Breslauer Jungproletariat an der Spitze.

Der Weg der Jungarbeiter geht gleich dem Weg der erwachsenen Arbeiter dauernd bergab. Die Rechte der Jungarbeiter existieren nur noch auf dem Papier. Die Pflichten der jungen Arbeiter dagegen sind gewachsen. Acht Stunden Arbeit gibt es nirgends mehr. Die Lehrlingsausbeutung hat eine noch nie gekannte Form erreicht. Lehrlinge in den kleinen Betrieben sind der Willkür ihrer Meister ausgeliefert. Kein Recht schützt sie mehr. Die Jungarbeiter in den Großbetrieben sehen ihre Schutzhelme schwinden. Die Bezahlung ist eine jämmerliche. Die Jungarbeiterschaft wird allmählich in eine Lage gedrangst, von der man nicht behaupten kann, daß Jugend mit Kraft und Gesundheit in Einklang stehen. Nach Annahme der Damesgesetze ist es nicht mehr übertrieben, wenn wir behaupten, daß die Lage der Jungarbeiter durch keine Reform mehr gebessert wird. Der Damesplan, seine Durchführung bedeutet die völlige Entrechtung, die völlige Verflawung der deutschen Arbeiterjugend, der deutschen Zukunft.

Die ersten Auswirkungen des Damesplanes zeigen sich bereits.

Der Winter steht vor der Tür. Die Lebensmittel haben eine ungeheure Erhöhung erlebt, denn die „Verbilligungsaktion“ ist ausgeblieben. Doch mit der Steigerung der Lebensmittelpreise um etwa 50 Prozent in den letzten Wochen, geht Sand in Sand eine Lohnherabsetzung für die jungen Arbeiter. Die Jungarbeiterschaft Deutschlands steht vor ihrer Sachstfrage:

Will sie weiter hinabsinken in das Elend, oder will sie, wie es Pflicht einer Jugend ist, die ausgebeutet wird, ihre Rechte fordern und erklampfen?

Das Breslauer Freigewerkschaftliche Jugendkartell hat als erstes in Deutschland einen Vorstoß zum Kampf für bessere Lebensbedingungen unternommen. Wir geben hier noch einmal die Forderungen der Breslauer Jungarbeiter wieder, weil sie in das Hirn eines jeden Jungarbeiters hineltgeklammert werden müssen, damit diese Forderungen das Kampfprogramm der gesamten arbeitenden Jugend wird.

Die Jungarbeiter fordern:

1. Kampf gegen jeden Lohnabbau, für sofortige Lohn-erhöhung um 40 Prozent in allen Berufen und Beteiligung der völlig unzureichenden Gassebezug für die Lehrlinge. Aufnahme des Kampfes um die Erhöhung der Lehrlingslohne in Höhe von mindestens:

im 1. Lehrjahr	30 Prozent
„ 2. „	50 „
„ 3. „	75 „
„ 4. „	90 „

des Gehilfenlohnes. Alle Ungleichheiten für Neuausgekernete und Jungarbeiter müssen wegsfallen.

2. Kampf gegen jede Arbeitszeitverlängerung, für den 6-Stundentag für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre. Verkürzung der Sapfzeit in die Arbeitszeit und Bezahlung der Stunden durch die Unternehmer. Ruckstucklokaler Kampf gegen das Ueberstundenwesen.

3. Kampf gegen jede Entlassungen. Für allgemeine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Für alle jugendlichen Erwerbslosen muß unbedingt Erwerbslosenunterstützung gefährt werden.

4. Kampf gegen die drohende Gefahr der Einführung des Arbeitsdienstpflichtigkeitsgesetzes.

5. Kampf für soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Jungarbeiterschaft. Beseitigung der Lohnsteuer für alle Lehrlinge und Jungarbeiter.

6. Sofortige Aufnahme des Kampfes für die nationale und internationale Einheit der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften.

7. Annahme des Kampfes durch die Gewerkschaften für die unverzügliche Sozialisierung der Schwer- und Schlüsselindustrie.

Mögen diese Forderungen noch manche Unklarheiten und Lücken enthalten (keine Stellungnahme zum Damesplan, Beschränkung der Sozialisierungsforderung auf die Schwer- und Schlüsselindustrie, mögen es keine „imunitarischen“ Losungen sein, sie zeigen das revolutionäre Wachen des Jungproletariats. Die Forderungen stellen in der Tat dar, worum die Jungarbeiterschaft kämpfen muß.

Die Breslauer reformistischen Gewerkschaftsführer können guterdings die Berechtigung dieser Forderungen nicht bestreiten, erklären sie jedoch für undurchführbar. Wir sehen hier wieder einmal, daß die verfallenen Reformisten zwar wissen, was ein Jungarbeiter zum Leben gebraucht, daß sie aber zu feige sind, einen Finger zu krümmen, damit diese Forderungen durchgeführt werden. Wenn man Forderungen für berechtigt hält und nicht sie die Durchführung dieser Forderungen kämpft, so ist man zweifellos ein Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse. Die 5000 Jungarbeiter Breslaus, die im Freigewerkschaftlichen Jugendkartell organisiert sind, finden nicht die Unterstützung der Reformisten. Ja, noch mehr, die Gewerkschaftsführer vom Salage Bierlich und andere, versuchen mit allen Mitteln, das Freigewerkschaftliche Jugendkartell, weil es Forderungen eben nicht als Agitationsphrasen betrachtet, zu sabotieren. Wir können es verstehen, wenn die Kassa und Konjorten, die Affidanare am Bürgerlichen Brauhaus, Unrabad, Zoologischen Garten und wer weiß wo, sind, gegen die Forderungen der Bres-

lauer Jugend Sturm laufen. Anstatt den Kampfeswillen der 6000 gewerkschaftlich organisierten Jungarbeiter auszunutzen, wollen die Reformisten das Jugendparlament erschlagen.

Die Jungarbeiter Breslaus wissen, daß ihr Kampf parallel laufen muß mit dem Kampf der erwachsenen Arbeiter. Die Jungarbeiter Breslaus wissen ferner, daß die Lage der erwachsenen Arbeiterschaft sich ebenfalls von Tag zu Tag verschlechtert. Die Jungarbeiter Breslaus wollen die Einheitsfront der jungen und erwachsenen Arbeiterschaft, die nur allein die Grundlage für Erfolge sein kann.

Die Reformisten aus dem Korruptionsfundus werden es nicht wagen, diese kommende Einheitsfront zu unterbinden. Die erwachsene Arbeiterschaft jedoch muß einsehen, daß die Forderungen der Jungarbeiter das Signal für Forderungen der erwachsenen Arbeiter sein muß. Die Volkhaer Gewerkschaftler haben das Kampfprogramm für die erwachsenen Arbeiter festgelegt.

Kein Reformist wird es wagen, das Breslauer Jugendparlament zu zertrümmern, wenn die erwachsene Arbeiterschaft dem Vorstoß der Jugend als ein Signal zum Kampf auch für die Interessen der erwachsenen Arbeiter aufsteht.

Der kommende Winterhunger muß die arbeitende Jugend Deutschlands zusammenführen zum Kampf für die Lebensbedingungen des Proletariats.

7000 heraus!

Die SPD.-Reichstagsfraktion fordert Generalamnestie.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 23. Dezember.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in welcher sie die Reichsregierung fragt, ob sie endlich bereit sei, nach Freilassung Jagows und der Separatisten, eine allgemeine Reichsamnestie durchzuführen? 7000 politische Gefangenen erwarten noch die Freiheit. Die Reichsregierung möge sofort dem Reichstag ein sofortiges, allgemeines Amnestiegesetz vorlegen.

Eine zweite Interpellation fordert die Freilassung der politischen Gefangenen des besetzten Gebietes. Sie verweist auf die Dubocner Gesetze, welche vorsehen, daß eine allgemeine politische Amnestie erfolgt. Die Interpellation fragt, nach Feststellung der Tatsache, daß die Separatisten in Freiheit gesetzt sind, während die politischen Gefangenen im besetzten noch immer der Freiheit harren, ob sie bereit sei, diesem Justizskandal ein Ende zu bereiten, der ein Bruch der internationalen Verträge bedeutet.

Der kranke Genosse Determann verhaftet.

(Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 23. Dezember.

Oestern, am 22. Dezember, wurde der erkrankte Stadtbauordnungsbevollmächtigte Determann ohne Angabe von Gründen verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Nicht Haarmann — das System ist schuld!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 23. Dezember.

Im Berliner „Montag-Morgen“ veröffentlicht Hans Hyam einen Artikel, in dem er untersucht, inwiefern die Polizei an den Haarmann-Morden schuld sei. Sie kommt zu dem schmerzlichen Schluß, daß die übergroße Mehrzahl der Morde bei genügender Aufmerksamkeit der Hamvörderischen Polizei hätte verhindert werden können.

Betriebsstilllegung.

Die Omsk-A.G. in Breslau entließ in den letzten zwei Wochen 35 Beschäftigte, fast durchweg junge Mädchen. Die Seifenfabrik beschäftigt jetzt 80 Männer und Frauen.

Ein Unglückstag

in der Geschichte wird der 29. Dezember sein!

Was wird die Welt nicht untergehen aber alles wird stillstehen: die Eisenbahnen, Straßenbahnen, Fuhrwerke, Lohrer der „Vorstand“ der „Wollwadi“-Medaillenteure.

Die Arbeiter stehen stumm lesend auf den Straßen, vergessen die Arbeit, die Frauen das Kochen, der Pfaffe die Predigt (!), der Unternehmer den Profit (!), die sozialdemokratischen Bonzen die Kommunistenhege (!). Alles steht im Vanne des ab 20. Dezember in unserer Zeitung erscheinenden Romans

Mess Mend!

Nur in der Trebnitzerstr. 50 wird regstes Leben herrschen, die Drucker werden blutstrotzen, die Maschinen werden schreien, um die gewaltige Auflage der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ herzustellen. Jeder Leser wird dann zehn, fünfzig, hundert neue Abonnenten bringen und auch sonst regstes Leben für die kommunistische Presse zeigen. Dadurch wird kein

Brand der Druckerei

entstehen, denn die Rotationsmaschine drückt in kürzester Frist die höchste Auflage und verschafft damit der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Eingang in die Wohnungen der Ausgebetteten und Gebetteten, als Regan der Massen.

Für die Gewerkschaftseinheit.

Aufruf der Union der Hand- und Kopfarbeiter.

Homborn, 23. Dezember.

Die Unterbezirkskonferenz der Union der Hand- und Kopfarbeiter nahm eine Resolution an, nach welcher alle Arbeiter aufgefordert werden, den Freien Gewerkschaften wieder beizutreten und den Kampf für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit wieder aufzunehmen.

SPD.-Sieg bei Betriebsratswahl

trotz Massenentlassungen.

Bei der Jecher König Ludwig IV. und V. wurden Ende Oktober sämtliche unionistische Betriebsratsmitglieder entlassen. Bei der jetzt stattgefundenen Neuwahl erhielten die Unionisten 554 Stimmen (5 Sitze), Christen 364 Stimmen (3), die Reformisten 346 Stimmen (3). Das Ergebnis ist umso erfreulicher, als letzterzeit von den 1200 entlassenen Arbeitern fast alles Unionisten waren.

Kapitalagenten.

Die „Schlesische Bergwacht“ vom 20. Dezember hat folgenden Drahtbericht aus Konstantinopel erhalten:

Es ist festgestellt worden, daß auch die Wege der bolschewistischen Propaganda in Mesopotamien und in Syrien über Konstantinopel führen, und daß außerdem in den herangezogenen Wochen größere Sendungen gefälschter Dollarscheine und Pfunde aus Moskau über Konstantinopel nach Syrien, Griechenland und Marokko gebracht worden sind. Diese Fälschungen sind im Gepäc der diplomatischen Kuriers Postkutschen nach Konstantinopel gelangt.

Wir hatten zufällig Gelegenheit, das Drahtgeheimnis der „Bergwacht“ mit ihrer Vertretung in Konstantinopel zu befragen und haben festgestellt, daß das Gepäc der diplomatischen Kuriers Postkutschen nicht über Konstantinopel nach Marokko gelangt ist, sondern von Moskau über Wladenburg (zur Bezeichnung durch den kaiserlichen Post) nach Berlin an die Spitzengenerale und von da nach Marokko über Syrien nach Mesopotamien, Griechenland, bevor die Schiffe ankamen, war jedoch die Revolution schon ausgebrochen.

Wir wollen Krieg gegen Sowjetrußland, aber gebt uns Militär!

Nachdem die deutsche Regierung bei allen Staaten des Völkerbundes hinterum angestrichelt hat, wie sie sich Deutschlands Teilnahme am Völkerbund denken und genau so Flug geblieben ist wie zuvor, hat sie sich an den Völkerbund selbst gewandt. Die Antwort liegt im Wortlaut vor:

- Was verlangt Deutschland vom Völkerbund?
1. Wiederherstellung der alten Wehrmacht zu Wasser und zu Lande mit allem Zubehör.
2. Wie ergabe der Kolonien.
3. Einen Sitz im Völkerbundsrat und Vertretung in allen Kommissionen.

Die Forderungen, die die deutsche Regierung stellt, werden vollständig gebilligt von der S.P.D. War doch gerade die deutsche Sozialdemokratie die Haupttreiberin für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den sie als ein Instrument des ewigen Friedens den Arbeitermassen hinstellte. Die Antwort der deutschen Regierung ist deshalb nicht nur charakteristisch für den alten militärischen Geist der deutschen Regierung und der bürgerlichen Parteien, die sie bilden, von ihnen konnte man nichts anderes erwarten, sondern auch für die Sozialdemokratie, die sich in Beteuerungen ihrer Friedensliebe nicht genug tun kann.

Die Sagen des Völkerbundes verlangen Teilnahme seiner Mitglieder an eventuellen Völkerbunds-Kriegen. Da ein Krieg des Völkerbundes gegen seine eigenen Mitglieder kaum in Frage kommt, kann es sich bei diesem Paragrafen nur handeln um den

geplanten Kampf der Bourgeoisie gegen Sowjetrußland. Sie betont das mehrfach in ihrer Antwort ganz scharf und eindeutig. Sie weist nur darauf hin, daß sie keine Waffen, kein Militär, keine Festungen und keine Flotte habe. Die Teilnahme an einem Kriege würde für sie daher nur als unvollständige Macht in Betracht kommen. Deutschland würde zum Kriegsschauplatz der Mächte werden. Seine Truppen wären nur ein Anhängel fremder Staaten. Und das, nicht etwa seine Kriegsabneigung, läßt Deutschland seine Gedanken geltend machen.

Auch die zweite Forderung der deutschen Regierung charakterisiert die deutsche Sozialdemokratie:

Zurückgabe der Kolonien bezw. Uebergabe anderer Kolonien. Nicht umsonst steht an der Spitze des sozialdemokratisch-demokratisch-zentrierten Reichsbanners der Hottenrottengeneral Dainling. Der deutschen Bourgeoisie und ihre Sozialdemokraten gelüftet es nach neuen Kolonialkriegen und Kolonialerwerbungen. Die Sozialdemokraten betrachten die Farbigen als Menschen zweiter Güte, die nicht in ihre 2. Internationale aufgenommen werden dürfen und die mit Feuer und Schwert niederzuschlagen, auszuwischen, zur imperialistischen Fronarbeit zu zwingen, keine Gänse wider den heiligen Geist des Sozialismus ist.

Die dritte Forderung, selbst wenn sie erfüllt würde, würde nur zu dem Komödientenspiel führen, das derselbe Völkerbundsrat, dem Deutschland angehört, Strafmaßnahmen gegen daselbe Deutschland verhängt.

Wir können schon heute prophezeien, daß derselbe Völkerbund verurteilt mit homigüßigen Wrasen, alle drei Forderungen Deutschlands ablehnen und daß die deutsche Regierung trotzdem den Eintritt in den Völkerbund beschließen wird. Deutschland ist ein Basill und Basallen haben keine Forderungen zu stellen, sondern zu gehorchen. Sie dürfen Kanonenfutter für kommende imperialistische Kriege stellen, sie dürfen Tribute leisten, sie dürfen ab und zu sogar einmal ein Wort reden, aber sie haben nicht zu befehlen und zu fordern. Das ist das Schicksal Deutschlands, solange es der sozialdemokratischen Schwabstocher folgt, solange es den Bund mit den Ententekapitalisten vorzieht der internationalen Arbeiterfront, dem Bündnis mit Sowjetrußland.

Mussolini liefert seine Übergeben aus.

Auf ausdrücklichen Befehl Mussolinis wurde von der faschistischen Mehrheit der Kammer die Auslieferung des zweiten Kammerpräsidenten Giunta an das Gericht wegen eines Ueberfalls auf einen Abgeordneten genehmigt, obwohl sich die Faschisten dieser Auslieferung widersetzen. Mussolini mußte aber auf Befehl der Bourgeoisie so handeln, und seine faschistischen Anhänger waren gefügig.

Schwörer und Revolutionäre

Tagelohnschreibungen von M. Kazimowski. Copyright by Roter Deutscher Verlag, Berlin.

51]

Tichonoff war ein Arbeiter und Antididakt. Er analise Wera schon seit Jahren mit seiner Liebe. Wir gewöhnlich in solchen Fällen, belam die Sache einen bösen Anstrich. Tichonoff fühlte unwillkürlich, daß nicht nur Gleichgültigkeit, sondern auch der Widerwille einer Frau aus den höheren Schichten dem Fortschritt gegenüber auf Weras Seite eine Rolle spielten. Er selbst wollte es nicht anstreben, aber es warnte ihn innerlich. So ging es zwei Jahre.

Und nun machte Wera seiner Qual ein Ende.

„Darf ein Mensch meinetwegen sich auflösen? Was bin ich denn? Und sie begann sich selbst Vorwürfe zu machen, daß sie ihm gegenüber unehrlich wäre. Wäre er nicht so dumpf und häuerlich, ich würde ihn lieben. Die harte Arbeit hat ihn aber so gefahret, es ist nicht seine Schuld, sondern die meine, weil ich aus den Kreisen der reichen Ausbeuter komme...“

Ich sollte nach Paris fahren.

Die Regierung war an einem anderen Genossen, der im Gefängnis lag, heranzutreten mit der Frage, unter welchen Bedingungen wir unsere Tätigkeit einwandeln würden. In Paris sollte ein Bevollmächtigter der Regierung mit anderen Delegierten in Verhandlungen treten. Die Organisation hatte sich zum Delegierten bestimmt.

Vor meiner Abreise ging ich zu Wera und Tichonoff.

Sie war allein zu Hause.

In wenigen Tagen war sie alt geworden, mager und gebengt. Sie schien krank zu sein.

„Nur mit mir? Wohlwohl!“, sagte ich.

„Ich bleibe hier.“

„Nur sie wechelt die Hand das Geschrad.“

Sie erzählte, daß vor der Hinrichtung der Petrowas und Zerkows die Arbeiter die Absicht gehabt hätten sie zu befreien. Tichonoff stellt bis zuletzt mit mir, es wäre möglich gewesen“, sagte sie.

In diesem Augenblick kam er herein.

Er sah erschrocken aus — und unglücklich.

„Es ist gut, Michail, daß ihr gekommen seid!“, sagte er.

„Ich danke euch.“

„Warum sollte ich euch nicht befragen? Ihr seid doch nicht böse mit mir?“

Tichonoff blinnte Wera an und lächelte so schmerzhaft, daß

sich mein Herz zusammenzog unter dem Schmerz. Ich fühlte Mitleid mit ihm. Ich trat zu ihm und umarmte ihn.

„Alles Gute wünsche ich euch, Basill!“, sagte ich. „Alles Gute.“

„Warum es lieber ist!“, flüsterte er ersitternd.

Wir sprachen von den Verhandlungen. „Angst haben sie bekommen, die Gnade!“, sagte Tichonoff.

„Bedingungen? Keine Bedingungen, Michail! Stell dich hart. Wir haben Zeit. Bis sie alle freizehen.“

„Für Sonja und Zerkow! Wir können sie nicht ungerührt lassen. Wera nicht Wera und ihr andere gewesen wären, wären wir hundert Namen mit Namen freigegeben.“

Und von ihrem Geruch hatte Taras und Sonja, unsere Adler, mit ihren hellen Augen zugehant, wie wir für sie kämpften. — Und so?

Man fuhr sie hier auf einem schwarzen Wagen. Die Leute runden herum. Die Angst hatte jede Rede zugebracht. Ich hab' die Käse abgenommen. Gab' mich tief verneigt vor ihren teuren Köpfen. Und dann? Solche Menschen töteke man und rund herum war alles ruhig, als wenn nichts los wäre! Handluch ist ein Volk, welches das zuläßt.

Wie hätte ich sein Herz geteilt mit ihres, wenn sie uns wie eine Woge hätten anrollen sehen!

„Bedingungen? Sag' ihnen unsere Bedingungen: sie alle sollen raus aus Rußland.“

Ich erklärte ihm, was was es sah handte. Vielleicht können wir Tichonoffswski befreien.

„Nur für, Michail! Mag er zurückkommen, ein wenig unsere Luft zu atmen, unsere Liebe.“

Schwere Herzen nahm ich Abschied von ihnen. Wera umarmte mich und drückte mich lange an sich. Tichonoff begleitete mich noch.

„Spud mit uns Gehalt, Michail!“, flüsterte er plötzlich.

„Ich hab' sie gerade gerichtet. Ich habe keinen Ausweg. Geben sie mir die Geb' fort! Wera! Deine Seele mag mich nicht. Sie bleibt. Weint. Sie hat sich gerade gerichtet.“

„Ich hab' sie getötet. Ich bin ein Schast. Spud mit uns Gehalt!“

„Loh' doch kein' Wohlwohl!“, sprach ich. „Nur in keiner schuldig. Geb' doch selbst, wenn du magst.“

„Wera Herz weint“, erwiderte Tichonoff. „Rein Herz lang sich von ihr nicht mehr trennen.“

In Paris erhielt ich zwei Tage nach meiner Ankunft einen Brief von Tichonoff. Wera und Tichonoff hatten sich am Morgen nach ihrem Abend das Leben genommen.

Diese Nachricht wachte erschütternd auf Tichonoffswski. Ich konnte ihn nur überredet einen. Erer sein Reize während der Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung war imponant. Kein Staat hätte einen so dignierten Gefangenen anweisen können.

Graf S. erweckte in mir nur Ekel. Sein schönes, gepflegtes Krubere zeigte von der Hochachtung, mit der er seine Verdon pflegte und umgab. Seine Hand, seine Fingernägel, sein Bart, keine Haut sprach deutlich von einem unsausgelebten kleinlichen Kultus seines Leibes und seiner Gesundheit. Er durstete innen und außen. Selbst seine Seele hatte Duffkissen in den Falten eingenäht. Ab und zu zog er eine goldene Dose hervor und schluckte Desinfektionspastillen. — für seine Gesundheit, meinte er.

Uns gegenüber hatte er eine zuvorkommende Höflichkeit.

„Vor allen Dingen sind wir Gentleman“, sagte er. Und es war geradezu phantastisch, mit welcher Ruhe dieser Höflich und Würdenträger mit uns über die Bedingungen verhandelte, um die Sicherheit Alexander II. zu garantieren.

Man hatte uns versprochen Tichonoffswski sofort nach dem europäischen Rußland zu versetzen mit der Erlaubnis, in seiner Heimatstadt Saratow seinen Wohnsitz aufzuschlagen.

„Wofür ist Tichonoffswski bestraft worden?“, fragte ich einmal nach der Sitzung.

„Man mußte damals den Adel beruhigen“, antwortete Graf S. und schluckte eine Pastille. „Ich ferne seine Schriften. Das war ja ein sehr kluger Mensch. Schade, daß er nicht ins Ausland gegangen war.“

„Waren Sie nicht Mitglied des Senats damals?“, fragte ich.

„Ja, ja wohl! Der Kaiser wollte ihn aber durchaus bestraft wissen. Man mußte ein Opfer finden, um den Adel zu beruhigen. Die Polizei hatte den Kaiser gegen ihn aufgebracht.“

„Herr Graf! Kennen Sie die Bedingungen, unter welchen Tichonoffswski in Sibirien hat leben müssen? Ich habe die Schneewüste gesehen, in welcher das Haus hinter einer hohen Palisade steht!“

„Weis comment donc?“, rief Graf S. „Es sind sieben Jahre verfloßen, da hat er das Recht sich anzubeden. Er muß die Unparteilichkeit selbst gewünscht haben.“

„Wirklich?“, fragte ich.

„Sicher! Ich erinnere mich, daß davon die Rede war, man hat den Kaiser für ihn etwas Besonderes genehmigen zu wollen, eine „position a part“.“

„Das also ist eine „position a part“? Ist das im Gesetz so vorgesehen?“

„Une voulez-vous — c'est la Russie“, antwortete Graf S. „Nous sommes bien arrieres.“

Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Degajeff hatte Verrat geübt und der Regierung dadurch Mut gemacht. Selbst in bezug auf die Versprechungen betreffs Tichonoffswski hatte man uns getäuscht. Er durfte nicht in Saratow wohnen, sondern wurde nach Astrachan gebracht. Aber auch darüber mußte man sich freuen. Tichonoffswski hatten diese Ereignisse

Wirtschaftliche Rundschau

Indexzahlen, ihre Entstehung und ihre Anwendung.

P. B. Der Begriff der Indexzahlen ist bisher noch nicht einheitlich festgelegt: jede Festlegung eines Fachmannes rief den Protest seiner Fachgenossen hervor. Trotzdem ist es nicht schwer, aus den bisherigen Begriffsbestimmungen einerseits, aus dem praktischen Gebrauch andererseits eine Erklärung über die Merkmale der verschiedenen Arten von Indices zu geben.

Die Indexzahl ist die Maßzahl zur zahlenmäßigen Veranschaulichung der Schwankungen bestimmter Einheiten, zum Beispiel des Preises bei Bedarfsartikeln, der Produktionskosten bei Fabrikkaten, der Höhe des Volksvermögens, der Volksgesundheit. Allerdings arbeitet man heute fast ausschließlich in der Preisstatistik mit Indexberechnung; es genügt auch, wenn wir uns die Grundlagen und die Fehlerquellen, die Methoden, den Zweck und die Auswirkungen dieses Gebiets betrachten.

Man kann in der Preisstatistik drei Hauptarten von Indexzahlen unterscheiden: den Spezialindex, den Gruppenindex und den General- oder Totalindex.

Der Spezialindex wird errechnet, indem man für bestimmte Zeit (Woche, Monat oder Jahr) die Preise einer Anzahl von Waren, die für den Bedarf im Haushalt in der Fabrikation oder in irgendeinem andern Teil der Volkswirtschaft von Wichtigkeit sind, die also nur das spezielle Interesse einer Gruppe für sich haben, zusammenzählt und ihren Durchschnitt errechnet. Der Durchschnitt mehrerer Zeiteinheiten wird als Norm angenommen und meist als Grundzahl 100 allen kommenden regelmäßigen Berechnungen zugrunde gelegt. Steigen also die Kosten der im Spezialindex zusammengefaßten Waren oder Warengruppen um durchschnittlich 25 Prozent, so heißt die Maßzahl 125.

Ein typisches Beispiel für den Spezialindex ist folgendes: Während der Geldentwertungzeit setzten einzelne Kleinhandelsverbände Grundpreise fest, die für ihre Mitglieder bindend waren. Täglich wurde dazu ein neuer Index ausgegeben: Indexzahl mal Grundpreis ergab den Preis der Ware.

Der Gruppenindex bleibt selbstverständlich auch im Rahmen gleichmäßiger Zeiteinheiten; er umfaßt Gebiete, die für mehrere Interessengruppen von Bedeutung sind. Hierher gehört die Berechnung des Existenzminimums, das den Tarifverhandlungen als Grundlage dient; an ihm sind Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig interessiert. Der „Objektivität“ wegen wird die amtliche Maßzahl bei den Tarifverhandlungen als maßgebend betrachtet; sie wird so „gewissenhaft“ zusammengestellt, daß es wunder nimmt, wenn der Arbeiter auf Grund dieser Tabellen überhaupt noch Lohn bekommt! Allerdings stellen viele namhafte Sozialpolitiker und wissenschaftlicher eigene Indexberechnungen an, die aber auf die schwierige Lage der deutschen Industrie nicht die nötige Rücksicht nehmen“ und deshalb aus Tarifverhandlungen ausgeschlossen bleiben.

Der amtliche Gruppenindex wird meist für einzelne Großstädte oder Kreise aufgestellt. Warum er von den privaten Aufnahmen der Lebenshaltungskosten stets nach unten abweicht, ist nicht verwunderlich; merkwürdiger erscheint beim ersten Hinsehen schon die Tatsache, daß auch die nichtamtlichen Lebenshaltungsindizes voneinander abweichen. Das hat seinen Grund einmal darin, daß sich die Statistiker nicht darüber einig sein können, was in das Existenzminimum einbezogen werden muß; außerdem bezieht beispielsweise Index A seine Rechnung mit der Grundzahl 100 am 1. April 1919, steht also am 1. September 1919 bereits auf 129, wenn Index B erst wieder bei 100 zu rechnen anfängt. Daß ein Auseinanderrechnen, ja nur ein Zurechtfinden in dem Wust unserer mindestens 150 Indexberechnungen für den Laien kaum möglich ist, ist selbstverständlich.

Der General- oder Totalindex vereinigt im Gegensatz zum Spezialindex möglichst viele Preisreihen oder -ketten, wie sie der Gruppenindex darstellt; er gibt generell (allgemein) und total (insgesamt) die Preisbewegung eines größeren örtlichen oder wirtschaftlichen Gebiets wieder. Wir wollen ein Beispiel für die Preisbewegung in größeren örtlichen und wirtschaftlichen Gebieten herausgreifen:

1. Die Maßzahlen der Lebenshaltung werden für die Kreise des Regierungsbezirks Magdeburg zusammengestellt und ihr Durchschnitt wird errechnet; das gleiche tun die Zentralstellen des Regierungsbezirks Merseburg und Erfurt. Die drei gefundenen Zahlen werden wiederum auf den Durchschnitt gebracht. Die Endzahl ist dann der durchschnittliche Lebenshaltungsindex der Provinz Sachsen oder ihr General-Lebenshaltungsindex.

2. Die örtlichen Durchschnittszahlen für die Förderkosten einer Tonne Braunkohle werden für alle Reviere jeweils veröffentlicht. In ihrer Zusammenfassung ergeben sie den Generalförderungsindex der deutschen Braunkohlenwerke.

Der Durchschnitt wiederum, der sich aus der Ineinanderreihung möglichst vieler gleichartiger wirtschaftlicher Generalindizes aus allen örtlichen Gebieten ergibt, kann als „Niveauzahl“ angesprochen werden.

Die gleichmäßige Schwere, das gleiche Gewicht aller Wasserleile eines Teiches veranlaßt gleiche Verteilung; dadurch erhält die Oberfläche des Wassers ihre Nivellierung, das vollkommene Fehlen irgendwelcher Unebenheiten. So läßt sich auch am besten die Errechnung des Preisniveaus erklären. Die Preise der einzelnen Waren und Warenzählungen fallen und steigen nicht gleichmäßig. Man muß deshalb die Preisliste für alle Waren gegeneinander abgleichen, hier vom Preis etwas wegnehmen und an andere Stellen verteilen. Daraus ergibt sich dann die nivellierte Preisreihe. Das Preisniveau steigt und fällt natürlich fortgesetzt wie der Wasserstand eines Teiches.

Das Preisniveau wird amtlich errechnet. Und es ist natürlich, daß, wenn die örtlichen Lebenshaltungsmaßzahlen zu niedrig errechnet werden, die Zusammenfassung auch hinter dem tatsächlichen Stande zurückbleibt. Das wäre ohne jede Wichtigkeit, wenn die amtlichen Maßzahlen ohne Einfluß auf unser Wohlergehen wären. Daß dies leider nicht der Fall ist, wird sich in der späteren Schilderung zeigen.

Selbst der bürgerliche Index steigt.

Die auf den Stichtag des 17. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 10. Dezember (129,6) um 2,5 Prozent auf 132,9 gestiegen. Höher lagen vor allem die Preise für Getreide, Fleisch, Butter, Schmalz, ferner für Orschenhäute, Kalbfelle, Baumwolle, Baumwollgarn für die meisten Nichtsenmetalle und ihre Halbwaren sowie für Gas und Maschinenöl. Gesunken sind die Preise für Zucker und Lute. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 124,0 auf 129,7 oder um 4,8 Prozent, die Industriestoffe von 138,3 auf 139,0 oder um 0,5 Prozent.

Der Lebenshaltungskostenindex der Industrie und Handelszeitung hat in der Woche vom 13. bis 19. Dezember eine Steigerung von 121,1 auf 122,1 mithin um 0,8 Prozent erfahren. In erster Linie ist diese Steigerung auf ein weiteres Anziehen der „Ernährungskosten“ (+ 0,5 Prozent) zurückzuführen. Die in den andern Gruppen zusammengefaßten Preise sind zum Teil erheblich stärker gestiegen, jedoch muß bei der relativen Kleinheit der für die gesamten Lebenshaltungskosten auf sie entfallenden Geldsummen die Wirkung dieser Preissteigerungen stark abgeschwächt werden. Es stiegen die Gruppenindexziffern „Heizung und Beleuchtung“ um 0,4 Prozent, „Kleidung“ um 0,5 Prozent, „Hausliche Gebrauchsartikel“ um 2,4 Prozent und „Kulturelle Ausgaben“ um 4 Prozent.

Die Machtpositionen des Agrarkapitals.

Wucher-Genossenschaften.

H. Die Junker haben sich im Reichslandbund und in diesem unterstellten Ein- und Verkaufsgenossenschaften Machtpositionen geschaffen, die heute ganz offensichtlich nicht nur eine ungeheure Waffe für politisch-reaktionäre Zwecke sind, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung von den Großagrariern rücksichtslos angewandt werden, um die Macht des Agrarkapitals ausschlaggebend zu vergrößern.

Heute haben in den großagrarisches Gebieten Schlesien, Ostpreußen, Mecklenburg, Pommern und Brandenburg die Ein- und Verkaufsvereine in jedem Städtchen große Silos, die Agrarprodukte jeder Art anhäufen, sechsstöckige Speicher mit modernsten Anlagen und Anschlüssen an Bahn- und Wasserwege. In pompös eingerichteten Bank- und Geschäftshäusern laufen die vielen tausend Fäden zusammen, die für das große Netz notwendig sind, das die Klassenherrschaft des deutschen Junkertums über das ganze werktätige Volk in Stadt und Land ausdehnen soll.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften haben den Zweck, sämtliche Agrarprodukte zu erfassen und ihre Preise so in die Höhe zu treiben, daß die Privatkäufer nicht mehr in der Lage sind, die Preise zu überbieten. Der großzügige Verkauf der Agrarprodukte richtet sich nach dem für die Junker günstigen Stand der Marktpreise, die durch die Aufspeicherung in die Höhe geschraubt werden. Sie werden vom Landbund immer

dem Großagrariertum und den Kleinbauern immer weiter zu spitzen. Die Agrarkreditbank wird, ausgestattet mit ihrer Macht, durch ihre Kreditpolitik in der Lage sein, jeden Bauern und jeden Siedler von seinem Grund und Boden zu jagen, wenn das Interesse der Großagrarien es erfordert. Wo bleibt dann die berühmte Siedlungspolitik der SPD?

Durch die Annahme des Londoner Abkommens ist das Junkertum zu dieser ungeheuren Machtposition gelangt. Schon zeigt es sich, daß die Schutzvorräte nicht im neuen Reichstag entschieden wird, sondern durch die Annahme des Londoner Abkommens durch den alten Reichstag, mit Zustimmung der Sozialdemokraten und Deutschenationalen eine längst erledigte Angelegenheit ist.

Die Presdikatur der Großagrarien muß das Industrieproletariat durch Lohnkämpfe wieder weit machen. Es muß sie im Bunde mit Werkstätten auf dem Lande brechen durch den Kampf um die Sozialisierung der Produktionsmittel und des Großgrundbesitzes, durch die Organisation des direkten Austausches zwischen Stadt und Land durch die Organe der Werkstätten durch Beschaffung billiger Maschinen, Kredite und Düngemittel an die arbeitenden Bauern und kleinen Pächter.

Die Kreditdikatur der Großagrarien kann durch die Kleinbauern nur bekämpft werden durch Bildung eigener Genossenschaften in Verbindung mit den Genossenschaften des Industrieproletariats.

Die Macht des Großagrariertums kann endgültig nur zerschlagen werden durch eine revolutionäre Macht der Arbeiter und Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei.

Das Proletariat Deutschlands sieht auch hier wieder, daß das Londoner Abkommen nichts anderes ist als ein Mittel, das Proletariat in allen seinen Schichten zu zermürben und kampfunfähig zu machen. Und daß es nur einen Ausweg gibt: die Zerschlagung des Dawes-Paktes durch Verwirklichung des Gutachten der Arbeiter.

Reichstreuhandstelle für Junkerkredite.

Das Reichskabinett hat es nicht gewagt, in dem Streit um die Auslieferung der Rentenbankentnahmen und -überschüsse an die vom Landbund beherrschte Rentenbankkreditanstalt eine Entscheidung zu treffen. Preußen und Bayern hatten sich der Gründung dieser Kreditanstalt unter Herrschaft des Landbundes widersetzt. Aber nicht im Interesse der Kleinbauern und der arbeitenden Bevölkerung der Städte, sondern im Interesse ihrer eigenen landwirtschaftlichen Kreditinstitute: Preußen im Interesse seiner Zentralgenossenschaftskasse, Bayern im Interesse der Kreditvereine der Bauernvereine. Beide befürchten die Erdrosselung ihrer Kreditanstalten durch die zentrale Rentenbankkreditanstalt der Junker.

Das Reichskabinett hat nun entschieden, daß die Rentenbank ihre verfügbaren Mittel, bereits 100 Millionen Mark, einer besonderen Treuhandstelle überweist, die sie über schon vorhandene agrarische Kreditinstitute dem landwirtschaftlichen Kredit zuführen solle. Die Treuhandvereinigung wird durch die Deutsche Rentenbank, den Deutschen Landwirtschaftsrat, die Preussische Staatsbank und die Bayerische Staatsbank gebildet.

Am 1. November 1925 soll neu entschieden werden, ob nicht doch der Landbund durch die Rentenbankkreditanstalt den Agrarkredit ausgeliefert bekommt. Vorläufig wird der Landbund auch mit diesem Kompromiß einverstanden sein. Denn die Zusammensetzung der Treuhandvereinigung zeigt, daß die Interessen der Junker und der Großkapitalisten in ihr ausschlaggebend sind: Reichsbank und Preussische Staatsbank geben, wie die Affären Barmat, Kufischer, Michael gezeigt haben, den Großkapitalisten Kredite. Die Junker haben durch sie Kredite zur Zurückhaltung der Ernte bekommen. Die Rentenbank ist in den Händen der Junker. Die Bayerische Staatsbank ist ebenfalls vom Großkapital und von den Junkern beherrscht. Also: was der Landbund im Grunde erstrebt, die Bereitstellung der aus der Liquidation der Rentenbank herauszuschlagenden Millionen — Millionen, die namentlich die Kleinbauern aus der Rentenbankbelastung ihrer Grundstücke aufbringen — als Kredit dem Großgrundbesitz zuzuleiten, wird durch die Treuhandstelle verwirklicht.

Die Stagnation als Dauerzustand.

Auswirkungen des Dawes-Gutachtens.

Die Industrie des Ruhrgebiets ist nicht mehr so entzückt von dem Londoner Vertrag wie sie früher war. Vor allem aber geht es den Kleinbürgern und den kleinen und mittleren Kapitalisten des Ruhrgebiets allmählich auf, daß der Sachverständigenplan ihnen nicht das Paradies schafft, das man ihnen versprochen hat, sondern daß die Krise sich immer mehr verschärft. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ muß diese Mißstimmung dadurch aufklären, daß sie ihr Rechnung trägt und die wirklichen Folgen bis zu einem gewissen Grad anerkennt. Sie schreibt daher am 14. Dezember:

„Man hat von London einen Aufschwung von Produktion und Handel erwartet. Davon ist wenig zu merken. Die große Arbeitslosigkeit scheint bei uns, so wie früher nur in England, Dauerzustand zu werden.“

Wir stopfen augenblicklich das Loch in der Zahlungsbilanz mit Auslandskrediten, da wir Überschüsse nicht aufzuweisen haben. So kommt es, daß der Auslandskurs der Mark stabil bleibt. Gehen die Kredite aber einmal zu Ende bzw. müssen sie zurückgezahlt werden, dann bleibt nicht anderes übrig, als ein weiterer Schritt zur Kolonisierung Deutschlands... die deutschen Eisenbahnen werden dann wohl ganz ausgeliefert werden. Deutschland als amerikanisches oder englisches Dominion, das wird wohl das Ende vom Liede sein.“

Noch etwas zeigt sich in dieser Äußerung: Die Kapitalistenklasse ist sich völlig klar über die Folgen des Londoner Vertrages. Es ist Aufgabe der Kommunisten, daß sich auch das Proletariat völlig klar wird und ihn zerbricht.

Teuer und schlecht.

In der „Industrie- und Handelszeitung“ behandelt dieser Tage ein charakteristischer Bericht über die Lage der deutschen Textilindustrie. Danach zeigt sich seit Monaten eine immer deutlicher werdende Bevorzugung der billigen und billigsten Sorten und ein immer mehr zunehmender Rückgang der Nachfrage für Qualitätsware.

Die Ausfuhr geht zurück. Die deutsche Textilindustrie ist zu teuer für den Weltmarkt. Ihre Konkurrenzfähigkeit wird zum noch weiter durch den deutsch-englischen Handelsvertrag verdrosselt, der der englischen Textilindustrie den deutschen Markt öffnet. Die Folge ist, daß die deutsche Textilindustrie bei uns noch auf den Inlandmarkt angewiesen ist. Dieser aber ist infolge der Handelsverträge für die deutschen Werkstätten nur für die schlechten Sorten aufnahmefähig.

So ergibt sich mit dem Rückgang der Nachfrage für die unteren Waren auch eine Abwanderung des Kapitals aus dem Zweig der Textilindustrie, die Qualitätswaren herstellen, in jene Zweige, die billigere Waren produzieren.

Das proletarische Existenzminimum

der Woche vom 15. bis 21. Dezember

beträgt

67,31 Mark

gegen

67,21 Mark in der Woche vom 8. bis 14. Dez.

Der Milchpreis erhöhte sich um 2 Pf. das Liter, der Eierpreis um durchschnittlich 2 Pf. das Stück.

nach den Weltmarktpreisen und darüber diktiert. So werden Wuchergewinne erzielt, die den Junkermitgliedern der Landbundvereine aber nicht in bar, sondern in Industrieerzeugnissen jeder Art ausgezahlt werden. In den Verkaufsstellen, die in jedem Dorf eingerichtet sind, sind, nachdem jede Konkurrenz totgemacht worden ist, die Preise so hoch, daß Nichtmitgliedern seltene Nachteile erwachsen. Nun hat der Landbund auch Produktionsgenossenschaften errichtet, durch die sämtliche Reparaturen und Bauarbeiten in eigener Regie ausgeführt werden. Dadurch sind die Industrie- und Bauarbeiter auf die Beschäftigung bei dem Landbund angewiesen. Sie finden aber nur Arbeit als Mitglieder der gelben „Arbeitnehmergruppe des Reichslandbundes“ und haben unter demselben Terror zu leiden wie die Landarbeiter.

Die Großagrarien haben es verstanden, die großen Massen der werktätigen Bevölkerung in den Agrargebieten unter den größten wirtschaftlichen und politischen Druck zu bringen. Aber die reformistischen Gewerkschaften und Konsumvereine tun nichts gegen die Gefahren. Nur die Kommunisten sind es, die durch ihr Agrarprogramm den Massen den richtigen Weg weisen, und die durch ihre Kampagne für die Gewerkschaftseinheit den Kampf der Massen gegen den Junkerterror organisieren.

Eine Junker-Bank aus Steuergründen.

Die Auswirkungen der Machtpositionen des Agrarkapitals zeigen sich in ihrer Ungeheuerlichkeit aber erst, wenn man die Generalversammlung der Rentenbank vom November betrachtet, die die Aufgabe hatte, den Aufsichtsrat für die jetzige „Rentenbank in Liquidation“ zu wählen, und zugleich zur Gründung der Rentenbankkreditanstalt Stellung nahm. Nachdem die Großindustriellen keinen Vertreter mehr in der Generalversammlung haben, sie haben aus Dankbarkeit dafür, daß die Deutschenationalen dem Londoner Abkommen zur Annahme verholfen haben, den Junkern die Liquidierung der Rentenbank und der Rentenbankvermögen überlassen und sind Mitglieder und Aktionäre der internationalisierten Reichsbank und der Bank für Industrie-Obligationen geworden, setzt sich der Aufsichtsrat der Rentenbank wie folgt zusammen:

Deutscher Landwirtschaftsrat 30 Mitglieder (alles Junker), Reichslandbund 20 Mitglieder (alles Junker), Vereinigung deutscher Bauernvereine 20 Mitglieder (Großgrundbesitzer), Reichsverband Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften 20 Mitglieder (die Beauftragten der Junker im Ein- und Verkaufsverein) und zwanzig Mitglieder der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften (diese sind mit den Ein- und Verkaufsgenossenschaften zugleich zu nennen).

Der Aufsichtsrat der „Rentenbank in Liquidation“ steht demnach ganz und gar unter dem Einfluß der Junker. Es wurde daher auch verlangt, daß das Vermögen der Rentenbank und ebenso die noch einziehenden Zinszahlungen nur durch die Organe des Reichslandbundes als Kredit dem Großgrundbesitz zur Verfügung gestellt werde. Dagegen protestierte wohl ein Bauernvertreter, aber die Landhändler schnitten jede weitere Diskussion ab.

Da die Rentenbankkreditanstalt die 870 Millionen Mark Kredite, die die Rentenbank der „Landwirtschaft“ d. h. den Junkern zur Verfügung gestellt hat, zur Verwaltung übernimmt und ebenso das Vermögen der Rentenbank, das sich bis heute auf rund 100 Millionen Mark beläuft, in die Verwaltung der Bank übergeht, arbeitet diese mit einem Kapital von rund einer Milliarde Mark. Sie übernimmt dafür die Verpflichtungen in 10 Jahren 1200 Millionen Mark Rentenbankcheine zu liefern. Daneben stehen der Rentenbankkreditanstalt bis zu 25 Millionen Mark aus den Liquidationseinnahmen der Rentenbank also aus den Grundschuldtinsen vor allem der kleinen Bauern, zur Verfügung. Das gibt einen unvorstellbaren Ueberblick mit welchen Kavitation die Reichslandbund Organisationen und die Ein- und Verkaufsgenossenschaften arbeiten können. Sie wollen durch die Rentenbankkreditanstalt als Großbank den ganzen Agrarkredit in ihre Hand konzentrieren. Auf diese Weise wollen sie nicht nur in den lächerlichen landwirtschaftlichen Kreditinstituten, in denen sie noch nicht völlig Alleinherrscher sind, ihre unumschränkte Macht aufrechten. Sie wollen durch diese Kreditkonzentration in ihrer Hand im Bunde mit der mit ihnen verflochtenen Großindustrie — der Vorherrscher der Errichtung der Rentenbankkreditanstalt — die Junkerbank wird beziehungsweise vom Reichsverband der deutschen Industrie unterstützt — die Landwirtschaft zum Markt für Industrieprodukte machen, d. h. sie industrialisieren. Das ist aber nichts anderes als die Enteignung der arbeitenden Bauern im Interesse der Junker und durch sie. Diesen Prozeß des Bauernvermögens soll die Rentenbankkreditanstalt, indem sie nur den Junkern Kredite erteilt beschleunigen.

Da die Großagrarien ihre Macht rücksichtslos anzuwenden entschlossen sind, müssen sich die Interessengegensätze zwischen

Fritz Sternberg, der Kronzeuge der Antibolschewisten.

Von Horst Fröhlich.

Fritz Sternberg veröffentlicht in der „Volkswacht“ einen Vortragsartikel über „die Auslöschung der Weltrevolution in Indien“. Die „Volkswacht“-Redaktion schickt ein paar Zeilen voraus: Die Weltrevolutionspläne der Bolschewisten in Europa seien zusammengebrochen. Das es auch mit einer Revolution in den Kolonien nichts sei, bewies Sternberg „mühsam marxistisch-ökonomische Analysen (marxistisch-wirtschaftlicher Untersuchung)“. Sternberg, der angebliche Kämpfer gegen die SPD, den manche Genossen bereits für einen halben Kommunisten hielten, entwirrt sich als Kronzeuge der Antibolschewisten. Er zeigt sich als typischer linker Sozialdemokrat (auch ohne offiziell Parteimitglied zu sein). Denn er teilt mit den Vätern die Grundlosigkeit, den Dogmatismus, das Unverständnis der revolutionären Bewegung, die revolutionären Phrasen und den konterrevolutionären Kern.

Sternberg stellt zunächst zu seinem eigenen Erlaunen fest, daß England „noch in keiner Weise durchkapitalisiert“ war, als es Indien besetzte. „Die Notwendigkeit für England nach Indien imperialistisch vorzustoßen, war also in der Zeit der Weltrevolution in keiner Weise gegeben.“ Sternberg, der koloniale Fragen lösen will, begreift sie selber nicht. Er begreift nicht das ABC des Kapitalismus, der von seiner Geburtsstunde an eine internationale Erscheinung ist, der gewungen ist, über die Heimat auszugreifen nach Kolonien und Halbkolonien, unbekümmert darum, wie weit die heimische Produktion bereits „durchkapitalisiert“ ist. Ein einziger Großbetrieb, und schon beginnt die Expansion. Das ist sehr wohl eine „Notwendigkeit“ für den Kapitalismus und nicht ein bössartiger Seitenzweig, mit der Absicht, dem Gelehrtengehirn Sternbergs Kopfschmerzen zu bereiten.

„Das Spiel der kapitalistischen Weltvergreifung war noch nicht hervorgetreten, die Natur der indischen Volkswirtschaft blieb unverändert.“ So schreibt Sternberg über den Beginn der englischen Herrschaft über Indien. Umgekehrt, Herr Sternberg! Duzende von Völkern wechsellien einander als Beherrscher Indiens ab, aber sie alle ließen die Grundlagen der indischen Volkswirtschaft unverändert bestehen. Erst die englische Annexion Indiens sprengte das Fundament der indischen Volkswirtschaft, die Naturwirtschaft, vernichtete Handwerkerstand und Bauernschaft und schuf damit die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft.

Wie ging diese Vernichtung des selbständigen Handwerkerstandes und Bauernstandes vor sich? Nach der Meinung von Fritz Sternberg war das der friedlichste Vorgang der Welt: Die englische Industrie, vor allem die englische Textilindustrie, lieferte billigere Waren als Indien, darum ging das indische Handwerk und die indische Bauernschaft, die die Gegenstände des eigenen Bedarfs größtenteils selbst herstellte, zugrunde. Herr Sternberg, der große Gelehrte, übertrifft eine Kleinigkeit: die militärischen Expeditionen, Erziehungslager, Kerkerstrafen, der gezielte Landraub, die Aufzwingung englischer Gesetze, das ganze System eines unerhörten kolonialen Terrors, mit dem England von Indien Besitz ergriff. Die Methoden der wirtschaftlichen und politischen Vernichtung der eingeborenen Bevölkerung gingen Hand in Hand.

Natürlich, wenn man derartige wesentliche Erscheinungen „vergibt“, dann greift man nicht, warum die Indier Revolution machen sollen, ja warum sie überhaupt mit der englischen Herrschaft unzufrieden sind. Denn nach Sternberg brachte die englische Herrschaft den Indiern im Anfang Not und Arbeitslosigkeit, doch allmählich, mit dem Aufkommen einer eigenen indischen Industrie, wurde das Heer der indischen Erwerbslosen aufgezogen. Indien macht heute England selber wirksame Konkurrenz.

Eine zweite wesentliche Erscheinung „vergibt“ Herr Sternberg ebenfalls. Welche Wirkungen hatte die Kolonialisierung Indiens auf die Lage des englischen Arbeiters? Sternberg sieht das Problem nur unter dem Gesichtspunkt: Steigt die Nachfrage nach Arbeitern oder fällt sie? Im Anfang führte England nur Waren aus, damals stieg der Lohn des englischen Arbeiters, denn die Nachfrage nach Arbeitern wuchs. Später wurde England Kapital nach Indien aus (Wollwaren, Rohstoffe usw.), der Lohn des englischen Arbeiters fiel, denn der indische Arbeiter machte ihm Konkurrenz. Diese Betrachtungsweise von Sternberg ist geradezu kindisch. In Zeiten der kapitalistischen Konjunktur, die im Gegensatz zu Sternbergs Meinung, einen gesteigerten Kapitalexport aufwiesen, wuchs die Nachfrage nach Arbeit, steigt bis zu gewissen Grenzen der Arbeitslohn. In Zeiten der Krise, in denen nicht nur der Kapitalexport, sondern auch die Warennachfrage zurückgeht, geht rückwärtig die Nachfrage nach Arbeit zurück, der Lohn sinkt, tausende, Hunderttausende von Arbeitern fliegen aufs Pflaster. Die Wirklichkeit ist anders, als sie sich im Kopfe des gelehrten Herrn Sternberg malt.

Das einzige, was Sternberg richtig begriffen hat ist, daß England, wie jeder kapitalistische Staat, in seinen eigenen Kolonien sich allmählich, wider Willen, einen Konkurrenten und Rivalen heranzüchtet. Das ist das Gesetz der Dialektik.

Ja, warum greifen dann die imperialistischen Staaten überhaupt zur Kolonialisierung fremder Gebiete? Das ist doch der reine Selbstmord! Sie greifen danach, weil die Kolonien ihnen Extra-Prozente verschaffen, weil sie ihnen eine arbeitslose Reservearmee, weil sie ihnen Kohlenbrüder gegen das eigene Profitat liefern, weil sie ihnen Kammerjäger stellen, weil sie ihnen Kohlen billig oder umsonst (durch einfachen Raub) geben, weil sie im ungenutzten Raum ansetzen und teuer bezahlen, weil sie in der Zeit der Verteilung der gesamten Erdoberfläche unter die imperialistischen Mächte strategisch wichtig sind, selbst wenn sie nichts darstellen als abgebaute Wälder, weil sie zu unbestimmten ein wichtiges Landbesitz und Druckmittel gegenüber den anderen imperialistischen Rivalen sind.

Über die englische Kolonie Indien einen dreizehntelständigen Artikel zu schreiben und alle diese Erscheinungen nicht mit einem einzigen Worte zu streifen, bringt nur ein Entsetzlicher der deutschen Sozialdemokratie fertig. Wie tief ist die Partei der Gelehrten der Arbeiterbewegung der ganzen Welt gefallen!

Die Extraprozente, die die englische Bourgeoisie aus Indien zieht, ermöglichen es ihr, Provisionen der Arbeiterkolonien hinwegzujagen, sie zu korumpieren, einen Berufsstand zu ihr zu ziehen, sie loszulassen von der ungeliebten Arbeiterwelt, ihr Klassenbewußtsein zu vernichten, sie auf die Seite der Kapitalisten zu ziehen. In verständlichem Maße trifft das auf die Verleiher und Gewerkschaftsführer zu. Die langjährige Herrschaft des englischen Kapitals hat diese Korruption nicht verhindert, sondern erst schaffen lassen.

Herr Sternberg jedoch malt sich die Sache anders aus in jenen gelehrten Schreien. Nach seiner Meinung ist es eine

indische Revolution gar nicht zu denken, weil die Indier die Segnungen der kapitalistischen Herrschaft noch nicht Jahrhunderte lang haben zu spüren bekommen. Sie sind noch nicht reif für den Sozialismus!

Alle wohlbekannte Klänge, die wir schon von Kautsky her kennen und die nicht schöner klingen, wenn sie Herr Sternberg wiederholt.

Sternberg verkennet vollkommen die Wirkungen der indischen Arbeiterbewegung, sowohl auf Indien und die indische Bourgeoisie, als auch auf England und die englische Bourgeoisie. Es ist klar, daß die indische, wie jede koloniale Bewegung, im Anfang einen nationalen, keinen klassenmäßigen Charakter trug, wenigstens innerhalb der Kolonien. Trotzdem haben die kolonialen Aufstandsbewegungen für das Herrscherland der Kolonie, in diesem Falle für England und die englische Bourgeoisie einen ausgeprägten antikolonialistischen, antikapitalistischen Charakter. Mit der Loslösung Indiens von England stürzt die wichtigste Säule des englischen Imperiums zusammen. Die Engländer haben das besser begriffen als Herr Sternberg. Sie

sparen nicht komische Reden, Kanonen, Betrugsmanöver, Geldbeschlagnahmungen und alle die schmierigen Mittel imperialistischer Politik, um sich Indien untertänig zu erhalten. Nicht nur, daß die Loslösung Indiens von England, die nur gewaltsam vorzugehen kann und wird, den Sturz der englischen Vormachtstellung bedeutet, nicht nur, daß es die Extraprozente der englischen Bourgeoisie zusammenschrempfen wird, es bedeutet die Unmöglichkeit, weiter wie bisher aus diesen Extraprozente die englische Arbeiterkolonialität zu korumpieren. Der Verlust der Extraprozente, die Kosten des kolonialen Kampfes, beides müssen die englischen Arbeiter tragen. Damit wird das Lebensniveau der gesamten englischen Arbeiterschaft heruntergedrückt und die Vorbedingung geschaffen für die Revolutionierung der englischen Arbeiterbewegung, ihr Zusammenschließen im Klassenkampf.

Wer aufmerksam die Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung gerade in den letzten Jahren verfolgt hat, muß diese auffällige Erscheinung wahrnehmen, wenn er nicht mit Sternbergschen Scheulappen durch die Welt zieht. (Schluß folgt).

Der offizielle Bericht

der Delegation des englischen Gewerkschaftskongresses nach Rußland.

In nachstehendem veröffentlichen wir den offiziellen Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation, der in englischer Sprache, eigenhändig unterschrieben vom Vorsitzenden Purcell und dem Generalsekretär Bromley bei ihrer Durchreise durch Berlin einem Vertreter der „Roten Fahne“ übergeben wurde. Der Baseler „Volkswacht“ erklärt, die englischen Gewerkschaftler hätten schlecht gesehen, laßt sie entdecken müssen, daß die Arbeiter, die Purcell am Berliner Bahnhof empfangen haben, Kommunisten und keine Gewerkschaftler waren. Daß Purcell nachstehenden Bericht der „Roten Fahne“ und nicht dem „Vorwärts“ gab, beweist, daß die englischen Genossen richtig gesehen haben und die Reformisten als die Zersplitterer der Gewerkschaften halten.

Am Freitag lehrte die Delegation, die durch den Generalsekretär des britischen Gewerkschaftskongresses ernannt war, um Rußland zu besuchen, nach London zurück. Die Delegation legte während ihrer sechsmonatigen Reise über 6000 Meilen zurück. Sie besuchte die wichtigsten Industriezentren, um die industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unter der Sowjet Herrschaft zu untersuchen.

Ein eingehender Bericht über die Tätigkeit der Delegation wird in einigen Wochen erscheinen. Wir hoffen, daß er viele Mängelstände in Bezug auf russische Verhältnisse gründlich beleuchten wird, die hauptsächlich durch falsche Darstellung in politischen Berichten und Zeitungen entstanden sind. Die Untersuchungen erstreckten sich auf mehrere Industriezweige vor allem auf den Bergbau, Schiffe und Metallverarbeitung, die Eisenindustrie, Maschinenbau und elektrische Unternehmungen, Eisenbahnen, Zementwerke, Wasserkraftanlagen, die Vorbereitungen für Elektrifizierung, die Wohnhäuser, die staatlichen Kooperativen und die verschiedenen wirtschaftlichen Behörden, die verantwortlich sind für die Verwaltung und Kontrolle der Industrie.

Überall wurden soziale Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Altersheimen, Arbeiterclubs, Ferien- und Kinderheime besucht um Zusammenhang mit den Untersuchungen über die Tätigkeit der staatlichen Arbeitsverwaltung und der Krankenversicherung für Arbeiter und ihre Angehörigen.

Wir fassen alle Möglichst,

ohne weiteres alle Regierungseinrichtungen zu betreten. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß keine Dokumente, Pläne und Projekte in die Hände der Delegation gegeben werden dürfen. Die Arbeiter sind jetzt an der Arbeit, um detailliertes Material für den endgültigen Bericht der Delegation zusammenzustellen.

Es zur Veröffentlichung des vollständigen Berichtes der Delegation geben wir folgende kurze Übersicht über unsere allgemeinen Feststellungen:

1. Die sozialen, industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland haben sich außerordentlich verbessert seit dem Beginn der britischen Delegation im Jahre 1920. Mitglieder beider Delegationen und die Arbeiter sind in jeder Hinsicht im Rußland lebten, was sich einzig über den ungeheuren sozialen Fortschritt der Sowjetwirtschaft wiedererkennen läßt.

2. Die Stabilisierung der Finanzen Rußlands ist ein außerordentliches Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

3. Die industriellen Materialrechnungen haben sich außerordentlich verbessert. Es ist ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

4. Die Wohnverhältnisse der Arbeiter haben sich außerordentlich verbessert. Es ist ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

5. Die Arbeiterklubs, die Alters- und Ferienheime haben sich außerordentlich verbessert. Es ist ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

6. Die Verhältnisse der Arbeiter haben sich außerordentlich verbessert. Es ist ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

7. Die religiösen Angelegenheiten haben sich außerordentlich verbessert. Es ist ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

8. Die Arbeiterklubs, die Alters- und Ferienheime haben sich außerordentlich verbessert. Es ist ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

9. Die Arbeiterklubs, die Alters- und Ferienheime haben sich außerordentlich verbessert. Es ist ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit im Falle eines totalen Zusammenbruchs in einem State. Die Sowjetunion hat sich im Vergleich zu den anderen Staaten sehr rasch von den Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise erholte.

stern die Gewerkschaften ihren Mitgliedern die von ihnen erreichten Errungenschaften. Die Grundlage dafür ist die Steigerung der Reallohn, die von den russischen Arbeitern festzustellen wird.

Auf diese andere wichtige Veränderungen werden wir noch in unserem ausführlichen Bericht zurückkommen, der damit den Beweis liefern wird, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse durch das gerechtfertigt sind in ihrem Verlangen auf politische und wirtschaftliche Umwälzung in Rußland.

Der Bericht wird auch beweisen, daß Millionen neuen Kapitals gut und sicher angelegt werden können bei der Entwicklung der ungeeuren wirtschaftlichen Möglichkeiten Rußlands. Er wird vollständig das Verlangen der britischen Arbeiterbewegung rechtfertigen, daß Rußland unter der Herrschaft der materiellen und moralischen Verhältnisse seiner Bevölkerung soweit gegeben hat, um ihm einen dauernden Platz unter den europäischen Nationen zu sichern.

Zur Lage im Kohlenbergbau.

Das brutale Vorgehen der Regierung, die die Arbeitszeit der Arbeiter zu verlängern, sowie das völlige Verdrängen der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer und die Verdrängung durch Schlichtungsinstanzen und Reichsarbeitsministerien haben die Embodiment der Bergarbeiter bedauernd festgestellt. Die Bergarbeiter haben es sich an der Nase herumzuführen zu lassen, sie verlangen, daß jetzt endlich einmal etwas geschieht, um ihre elende Lage einigmaßen zu gestalten. So wendet sich jetzt der Betriebs- und Arbeiterrat der Schachtanlage Graf Zeppelin mit einem offenen Brief an alle Delegiertenverbände und an alle Bergarbeiter mit der Forderung, den Vorstößen der Arbeiter mit unerbittlichen Umständen nachzugehen, sondern auf die Forderung einer allgemeinen Erhöhung der Löhne um 20 Prozent zu bestehen. Besonders aber, legt der Betriebsrat dem Bergarbeiter ein gegen die Bergarbeiter und völlige Unterstützung der Betriebsräte. Der Betriebsrat hat die Forderung, daß die Bergarbeiter die Forderung der Erhöhung der Löhne um 20 Prozent zu bestehen. Besonders aber, legt der Betriebsrat dem Bergarbeiter ein gegen die Bergarbeiter und völlige Unterstützung der Betriebsräte. Der Betriebsrat hat die Forderung, daß die Bergarbeiter die Forderung der Erhöhung der Löhne um 20 Prozent zu bestehen. Besonders aber, legt der Betriebsrat dem Bergarbeiter ein gegen die Bergarbeiter und völlige Unterstützung der Betriebsräte.

Der Betriebsrat muß sich die Kampfsache auf die Ruhr setzen, um ihre notwendige Unterstützung zu erhalten. Die Arbeiter müssen sich sofort alle Kräfte zum Kampf zu mobilisieren. Dieser Kampf muß sich auf die Ruhr beziehen. Die Bergarbeiter aller Richtungen müssen zu diesem Ziele Stellung nehmen. Neben die Bergarbeiter nicht mit allen Kräften zum Kampf, denn werden die Arbeiter zu erwartenden Angriffen des Kapitalismus auf eine unvorhergesehene Weise erfolgreich stoßen und dann wird die Arbeit dieser Arbeiter bedeutend schwerer sein.

Die deutsche nationale Volkspartei und ihre christlichen Gewerkschaftsführer.

Während im Ober-Prozess die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von der Bourgeoisie mit Zustimmung für ihre ungeheuren Verdienste für das Kapital traktiert werden, die Christlichen mit der Partei 1918 heute als unentbehrlich dem deutschen Unternehmertum angesehen werden, passiert ihnen arbeitsgemessen christlichen Brüdern vom christlich-rationalen Gewerkschaftsführer dieselbe. So berichtet „Der Deutsche“ unter der Überschrift: „Die Herren vom Industrienausschuß der Partei küssen ihre Masken“ folgende:

Die Lohnbewegung, die inhythm im Buchdruckerhandwerk unter voller und verantwortlicher Mitwirkung des Oberbürgermeisters, der christlichen Gewerkschaftsführer, durchgeführt wurde, gibt dem Industrienausschuß der deutschen nationalen Volkspartei den Anlaß zu einem Rundschreiben an alle Arbeiter der vom 6. September. Während der Vorliegende und ein großer Teil der Mitglieder des Oberbürgermeisters der deutschen Volkspartei angehen, greift das Unternehmertum, schreiben die Buchdruckerbewegung mit größten Vereidigungen an, bezeichnet sie als inhuman, sozialistisches Wehmanöver und rufen die Arbeitgeber zu auf „geistesgemäß Wege“, d. h. mit dem Sinnzettel, diese einmütigen Parteimitglieder zum Zweck zu jagen und eine starke Rechtsregierung zu wählen, die niemals eine derartige volksverderbende und volksgefährdende Einstellung hielte würde.

Die arbeitsgemessenen christlichen Brüder der Herren vom Oberbürgermeister hat den christlichen Gewerkschaftsführer denselben Lohn gedrückt, den die arbeitsgemessenen christlichen Brüder der Herren vom Oberbürgermeister hat den christlichen Gewerkschaftsführer gedrückt hat. Für die Arbeiter aber eine Lehre, wie unvereinbar jede Mitarbeit mit den bürgerlichen Klassen ist. Den Gewerkschaften, die noch immer im Reichsbanner ihren zur gründlichen Überlegung einpflanzen. Nur Schritte wird auch für die Bourgeoisie übrig haben, wenn der Reichsbanner seinen Namen nicht geant, die Arbeiter vom Oberbürgermeister getrieben haben wird.

Der Großhändler und Schwindler Kautsky ist bereit befristet worden, als er sich einen Platz nach Kowno holen wollte.

Der spirituelle Generaldirektor Weber hat in der Zeit der letzten unter Anführer keine Beschäftigung betrogen. Er ist ein Mann, der zu keinen Geschäftsführer entlassen.

Eine Generalausperrung findet am 2. Januar in der christlichen Industriellen statt. Sie benutzt über 3000 Arbeiter.

Generalsversammlung der Ortsverwaltung des D.M.B. Schweidnitz.

Am Donnerstag fand in der Stadt Reichsbach unsere Generalsversammlung statt, welche mäßig besucht war, was darauf zurückzuführen ist, daß die meisten Kollegen 10-11 Stunden arbeiten. Es standen 4 Punkte zur Beratung. Als 1. Gewerkschaften und Volkswirtschaft, worüber Geschäftsleiter Genosse Hirsch kurz referierte; seine Ausführungen wurden durch den bisherigen Rechnungsführer der Volkswirtschaft Koll Bauer ergänzt. Unter Punkt 2 gab Gen. Hirsch den Jahresbericht, aus welchem zu ersehen war, daß die Ortsverwaltung toll und ganz ihre Pflicht getan hat, was auch in der Aussprache zum Ausdruck kam. Durch die enorme Arbeitslosigkeit und Inflationszeit war auch die hiesige Ortsverwaltung genau wie anderwärts ziemlich zusammengeschrumpft. Die neue Ortsverwaltung, die vergangenen Dezember gewählt wurde, fand nur noch einen Zimmerhaufen vor. Es ist aber gelungen, durch unermüdete Agitation die Mitgliederzahl wieder auf eine ansehnliche zu bringen. Ebenfalls war aus dem Bericht zu ersehen, daß die Arbeit der Ortsverwaltung mäßig gewesen ist. Genosse Hirsch hob des weiteren auch das gute Zusammenarbeiten zwischen Geschäftsleitung und Ortsverwaltung hervor. Daß die Kollegen die Arbeiter-Ortsverwaltung anerkannt zeigt schon, daß man in der vorausgegangenen Betriebsrat- und Vertrauensmänner-Versammlung verlangte, die gesamte Ortsverwaltung zur Wiederwahl zu stellen. Kollege Bauer, welcher als Wahlleiter gewählt wurde, sprach der alten Ortsverwaltung den Dank aus. Die gesamte Ortsverwaltung außer Koll Bauer, wofür Genosse Hirsch einsprach, ist einstimmig wiedergewählt worden. Genosse Hirsch dankte den Kollegen und versprach, weiter im Interesse der Kollegen und der Organisation, die Geschäfte fortzuführen. Unter Punkt Gewerkschaftliches und Verschiedenes kam nochmals die Anstellung eines Gewerkschaftsekretärs beim Ortsauswahlgang zur Sprache. Die Metallarbeiter müssen dieses ablehnen, da man nicht die finanziellen Mittel aufbringen kann, während der Ortsauswahlgang benötigt. Bei den anderen Organisationen ist dieses nicht so schlimm, da man dort keinen Angestellten hat. Ebenfalls wies Genosse Hirsch daraufhin, daß eine Buchdruckerei im Betriebe einrichten würde. Zum Schluß forderte Genosse Hirsch noch auf, sämtliche Kollegen, welche unter Wohn im Wobd arbeiten, sollen mit ihrem Wohnort im Wobd erscheinen. Die Organisation wird dann dafür sorgen, daß der Wohnort ihnen zusteht, auch ausgeführt wird. Wenn die Ortsverwaltung nicht genügend von den Kollegen unterstützt wird, so ist sie auch nicht in der Lage, das zu schaffen, was sie sich vorgenommen hat. Mit dem Wahrspruch an die Kollegen, weiter für die Organisation tätig zu sein, schloß Genosse Hirsch die Versammlung.

„Weihnachts“-Sitzung des Oppelner Stadiparlaments!

Die alljährlich bei Sitzungen vor Feiertagen, haben die bürgerlichen Vertreter für das „Allgemeinwohl“ nicht viel Zeit und eine knapp beschlußfähige Versammlung fand sich daher am letzten Donnerstag zusammen. Die Tagesordnung war diesmal wappweise auch entsprechend kleiner. Zwei Punkte füllten die Tagesordnung aus. Zu Punkt 1: Wahl von Beisitzern, referierte Stadtverordneter Libor (KPD). Die Wohnungskommission wie auch das Mietseinstellungsausschuss werden alljährlich neu gewählt. Seitens der Mieter können da hinein: Für die Wohnungskommission die Personen: Libor, Frau Bröder, Herting, Schwich, Kubrnik, Goldmann. In das Mietseinstellungsausschuss: Janich, Rosenar, Rippchen, Proba, Holwa, Hirsch, Smietel, Strindl, Gafert, Drab, Gebel, Gner, Schmidt.

Punkt 2: Entlastung der Jahresrechnung von 1922 wurde nach kurzer Debatte über anderweitige Revisionsformen, erreicht.

Punkt 3: Bemilligung von circa 26 000 Mark für Anschaffung einer Motorpflüge für die hiesige Feuerweh, brachte eine lebhafte Debatte, die längere Zeit anhielt, mit sich. Stadtverordneter Libor (KPD), der als erster in die Debatte eingriff, forderte, da nur zwei Firmen in Betracht kämen, wovon die eine mit Hilfe der heimischen Industrie ihre Fabrikate herstellt, daß bei dieser Firma die Motorpflüge gekauft werden soll, um dieser die Arbeitsmöglichkeit ihrer Arbeiter für die Zukunft zu erhalten. Bezeichnenderweise schweben die bürgerlichen Vertreter, die immer ihr heimatliches Geschäft bei allen unpassenden Gelegenheiten zur Schau tragen, bei dem Antrag der KPD still. Nach einigen langatmigen Ausführungen des Oberbürgermeisters, die nichts be-

ganz niedergeschmettert. Wera Figner war verhaftet und Verhaftung umgibt von allen Seiten.

Zwei Tage später fuhr ich in einer Droische durch die Straßen Petersburgs. Blödiß sprang jemand zu mir in den Wagen und ergriß meine Hand — ich erkannte Aron Vogel. Er ließ sich schwer atmen neben mich nieder, weit und breit war kein Polizist zu sehen. Ich konnte ihn mit Leichtigkeit hinauswerfen. Er blickte mich flehend an.

„Mein Herr! Lassen Sie mich Sie verhaften! Sie werden so wie so gefaßt früher oder später! Lassen Sie mich es tun! Man will mich aus dem Dienst jagen. Ich hab' das Althina, meine Kinder sind fränlich! Lassen Sie doch mich es tun! Meine Kinder sollen beten für Sie.“ Und er drückte meine Hand an die Lippen. „Daß das!“ rief ich. „Nimm mich und halt den Mund.“ In der nächsten Ecke stand ein Polizeibeamter. Vogel gab ihm einen Wink. Nun war alles erledigt.

Kadwort.

Das gegen Michael Kaniowski ausgesprochene Todesurteil wurde in lebenslängliche Festungshaft verwandelt.

Er kam in die Schlüsselburg.

Aber das Leben in diesem Grabe, das schon Tausende verlohnen hatte, zerstörte keinen Lebensmut vollständig.

Eines Tages goß er den Inhalt seiner Petroleumlampe über sein Lager und entzündete dasselbe. — Man rettete kein Leben. Aber niemand konnte die Wiederherstellung des Selbstmörders erschaffen, der gefällig gekört und voller Brandmünden aus der Katastrophe hervorging.

Trotzdem schickten einige Genossen und Freunde im Namen der Familie den Antrag auf Herausgabe des „Iren“. Die Unterschrift eines Verwandten wurde gefällig. Der Antrag hatte Erfolg. Man ließte den „irinnigen Michael Kaniowski“ der Familie aus.

Sein Vater hatte bei seinem Tode das Gut durch einen Scheinakt auf einen Vetter Michaels übergehen lassen, da er es seinem Sohne nicht hinterlassen konnte, denn die Gerichte hatten Michael aller bürgerlichen Rechte verlustig erklärt. Hier erhob sich der Arante allmächtig. Vor dem „Ipranuit“, der anfangs oft, später seltener zur Kontrolle kam, spielte er den Verräther. Aber seine Weine blieben gelähmt, er konnte sich nur mit Kruden bewegen. So lebte Kaniowski noch mehrere Jahre, unter seinen Angehörigen, mit denen er keine Fühlung hatte, vollständig einsam, nur mit seinen Erinnerungen beschäftigt. Hier schrieb er auch seine Tagebuchblätter.

Sein Tod war schließlich eine Erlösung für die feigen Gemüter seiner Angehörigen, auf denen der bleiche Schein der ganzen Jahre hindurch wie ein Al gelagert hatte.

agten, wurde der Magistratsantrag gegen die KPD angenommen.

Punkt 4: Nachbewilligung von circa 7000 Mark für die Gartenbauverwaltung wurde ebenfalls angenommen.

Punkt 5: Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in der Schule 1, wurde ebenfalls kurz und bündig erledigt. Rang ist es hier, daß etwas für eine Volksschule bewilligt wurde.

Punkt 6: Änderung der Erhebung der Gewerbesteuer, erregte das lebhafteste Interesse der eine große Zahl Arbeiter beschäftigenden Unternehmer, die im Stadiparlament vertreten sind. Stadtverordneter Kaiser (D. M. P.) und Kottin (D. M. P.) legten sich so warm für die Änderung ein, daß Genosse Libor mit Recht den Antrag stellte, daß dieser Punkt vertagt werde, da hier anheimend die Fragen der Gewerbesteuer, die bisher gerechterweise die Unternehmer, die eine große Anzahl Leute beschäftigten, bisher auch trugen, diese nun auf die Schultern der kleinen Gewerbetreibenden abzumachen beabsichtigten. Der Antrag Libor wurde abgelehnt, die kleinen Gewerbetreibenden konnten keine Stellung mehr dazu nehmen und diese mögen nun prüfen, wer ihre Interessen wahrnimmt.

Punkt 7 und 8: Änderung der Vermögenssteuer und Verteilung der hiesigen Gemeinde an dem neuen Friedhof, wurden angenommen.

Die Punkte 9 bis 12 ergaben jedoch wieder eine größere Debatte, galt es doch, sieben Kriegserlebten bezw. Proleten einige Quadratmeter Gelände zum Bau von kleinen Häuschen zu verkaufen. Großartig, wie man unsere Stadtverwaltung im Nehmen von kleinen Leuten, forderte diese 2 Mark pro Quadratmeter. Stadtverordneter Strindl (KPD) griff hier scharf ein und fragte u. a. ob das der Dank des Vaterlandes ist, daß man von Kriegserlebten für Gelände weit außerhalb der Stadt circa 10-15 hohe Summe fordert. Die Wirkung der Ausführungen Strindls ergab den Betrag von 125 Mark pro Quadratmeter zu Annahme.

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunistischen Fraktion, der die sofortige Räumung der Schule 3/5 durch die Eisenbahndirektion A. O. forderte, erregte eine stürmische Debatte. Eisenbahndirektor und Stadtverordneter Briz (D. M. P.), der sich wahrscheinlich als Sachwalter der Eisenbahn gegen die Stadt hielt, erklärte, daß unmöglich die Beamten der Direktion auf dem noch ungepflasterten Wege zum neuen Direktionsgebäude gehen könnten. Dagegen hob der Herr die Schuld der verpöhten Fertigstellung dieses Gebäudes dem Streik der Arbeiter zu. Genosse Strindl nahm sich diesen Herrn näher vor und rüßte ihm seine Morgansichel, daß er bestimmt für die nächsten Tage nicht aus dem Schauspielen heraushommt. Direktionsbeamte können auf ungepflastertem Wege nach Ansicht des Briz nicht gehen, wohl aber müssen unterwürdigste Proletarier durch die Belegung der Schule 3/5 schon zwei Jahre lang eine Stunde täglich nach der anderen Schule laufen. Nicht wahr, Herr Briz?

Einige Anfragen des Stadtverordneters Hirsch (KPD), der sich durch eifrige Stellung von Anträgen zur Beseitigung von Mischständen im Stadtteil Scauau belagert, beendigten die Sitzung. Daß Scauau heute elektrisches Licht besitzt, ist zu einem gewiß nicht geringen Teil den Anträgen Hirsch, der erst die Aufmerksamkeiten der Stadtverwaltung auf das tiefmütterlich bedachte Scauau durch seine Anträge lenkte, zu verdanken.

Das englisch-russische Einheitskomitee und die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Mit dem Tage, an dem die englische Gewerkschaftsdelegation von ihrer großen Rundreise zurückkehrt und wieder ihre Tätigkeit in den englischen Gewerkschaften aufnimmt, werden die mit den russischen Gewerkschaften getroffenen Abmachungen über die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit noch weit mehr als bisher in den Mittelpunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung rücken. Purcell und mit ihm die ganze englische Delegation ist zwar in Russland, obwohl er Vorsitzender der Amsterdamer Internationale ist, nicht in deren Namen, sondern nur als Vertreter der englischen Gewerkschaften aufgetreten. Aber die englischen Gewerkschaften stellen nicht nur ein Drittel des IGB dar, sondern ihre Bedeutung im IGB geht weit über das Drittel hinaus, sie sind im IGB weitpolitischer der weitaus stärkste und daher führende Faktor.

Wenn nun die englische Delegation im Namen der englischen Gewerkschaften gemeinsam mit den russischen Gewerkschaften ein Einheitskomitee gebildet hat mit dem Zweck, alle Vorbereitungen zur Herstellung der Einheit zu treffen, und alle dem entgegenstehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen, so muß das nicht nur beim IGB als internationale Organisation, sondern auch bei den übrigen dem IGB angeschlossenen Landesorganisationen, vor allem bei der numerisch stärksten Gruppe, den deutschen Gewerkschaften, grundlegende Änderungen hervorbringen.

Das wissen die IGB-Führer sehr genau. Und deshalb wehren sie sich auch mit Händen und Füßen und — versteht sich — mit Lüge und Verleumdung gegen die Auswirkungen der Rundreise der englischen Delegation. Sie scheuen da sehr vor dem größten Verbrechen, vor dem Versuch, durch Vertirnung des IGB die Einheit zu verhindern, nicht zurück. So schreit ihr Sprachrohr, der „Borwärts“, in seiner Morgenausgabe vom Dienstag, den 16. Dezember, schon von einem Konflikt zwischen der Amsterdamer Internationale und den britischen Gewerkschaften, der sich noch verschärfen hätte durch die Erklärung Purcells, daß, falls die Amsterdamer Internationale keine Anhaltende mache, sich mit Moskau zu verständigen, die britischen Gewerkschaften die Initiative für die Herstellung einer internationalen Einheitsfront ergreifen würden.

Nun, zunächst liegt dieser „Konflikt“ ganz auf Seiten der SPD- und IGB-Führerschaft. Die englischen Gewerkschaftsführer denken offensichtlich an gar keinen Konflikt. Doch die deutschen Bürokraten wollen noch weiter gehen. Sie wollen versuchen, von außen einen „Konflikt“ in den englischen Gewerkschaften selbst zu fabricieren. Denn was soll es heißen, wenn der „Borwärts“ in seiner Abendausgabe des gleichen Tages u. a. schreibt:

„Das wird sich insbesondere zeigen, wenn Purcell und Genossen aus dem Sowjetparadies in die englische Hölle zurückkehren werden. Wir fürchten sehr, man wird zu ihrem Empfang keine Triumpfbogen errichten.“

Wir sind zwar überzeugt, daß die englischen Arbeiter und die überwältigende Mehrheit der englischen Gewerkschaftsmitglieder über die Mächten und Versuche, in die englischen Gewerkschaften einen Keil zu treiben, zur Tagesordnung überzugehen. Anders steht die Frage bei den deutschen Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern. Um ihre Sache geht es. Ihre Lebensinteresse wird durch diese Sabotageversuche und Spaltungstaktiken mit Füßen getreten.

Was will das englisch-russische Einheitskomitee, was ist der Zweck der Herstellung der Einheit? Es ist der Kampf gegen das in den letzten Jahren so übermächtig gewordene Kapital. Jeder deutsche Arbeiter führt es täglich an eigenem Leib, daß unter der Herrschaft von Dabes-Morgan der Kampf gegen das Kapital, der Kampf gegen den eigenen Unternehmer um wehr Lohn, um den Achtstundentag, um Arbeiterschutz, gegen Arbeitslosigkeit usw., ein Kampf gegen Hindernisse ist, wenn er vom Proletariat nicht international und in geschlossener Front geführt wird. Jeder ehrliche Arbeiter, mag er kommunistisch oder sozialdemokratisch genannt sein, weiß und fühlt, daß diese Einheit geschaffen werden muß.

Diese einheitliche Kampffront wird das englisch-russische Komitee schaffen. Und diese Einheitsfront wollen die deutschen Amsterdamer an der Spitze der deutschen Gewerkschaften verhindern, denn nicht aus Gründen der SPD-Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie.

Die Herstellung der Gewerkschaftseinheit, die Züttelung des englisch-russischen Einheitskomitees ist also keine organisierte, sondern eine Lebensfrage für alle Proletarier in allen Ländern der Welt, aber ganz besonders für das deutsche Proletariat, das am meisten ausgebeutet, dem internationalen Kapital am stärksten gefesselt ist. Und deshalb hat das deutsche Proletariat nicht nur Anseh, das englisch-russische Einheitskomitee besonders zu begrüßen, sondern auch dessen Bestrebungen aktiv auf das weitgehendste zu unterstützen. Deshalb muß in jeder Gewerkschaft, in jeder Betriebsversammlung die Frage der Gewerkschaftseinheit gestellt werden. Die Gewerkschaftsleiter müssen von den Arbeitern wissen, daß sie nur durch die Einheit und geschlossene Front, entgegen dem Willen der Kapitalisten, beschreiten über abzurufen. Es geht um Leben und Tod des Proletariats, um Kapitalherrschaft oder Freiheit und Glück des Proletariats. Wer sich dem Arbeiterinteressen entgegenstellt, muß bestraft werden.

Das englisch-russische Einheitskomitee muß sehr bald in einem internationalen Einheitskomitee, in dem Vertreter aller Länder sitzen, werden. Das zu erreichen, muß das Ziel jedes Kommunisten, jedes Klassenkämpfers jedes Proletariats, die Kapitalisten abzuhalten sein.

Kommunistischer Strahl.

Wir berichten gestern über das provokatorische Verhalten des Herrn Fabrikbesizers Strahl in Scauau. Wir müßten zu dem Bericht noch nachtragen:

Als St. davon erfuhr, daß unser Genosse Kolberg in einer Wahlversammlung in der Diskussion von den Ringelblumen für die Firma gesprochen habe, drohte er ihm durch seinen „Sprecher“ den Straußwurf aus dem Betriebe an. Unser Genosse antwortete ihm sehr richtig, daß es ihn einen Preis nicht ausserhalb der Fabrik in keiner freien Zeit angeht und rebe. Wenn er im Betriebe keine Arbeit erledige, ginge ihn das andere gar nichts an.

Daß die Unternehmer sich heute solche Unerschämtheiten leisten können, und in das Privatleben ihrer Arbeiter hinein Nase hereinstecken, ist Schuld der Arbeitergemeinshaftspolitik der SPD. Erst sie hat die Unternehmer so stark und selbstbewußt gemacht.

Kommunistische im Gewerkschaftshaus.

Breslau, 22. Dezember.

Ein Genosse schickte uns folgenden Bericht: Meine Frau war im Gewerkschaftshaus. Da ich arbeitslos bin, wollte sie mir beschriebene Sachen holen. Der Herr Kunert teilte die Sachen aus. Als meine Frau an die Reihe kam, fing diese Frau an auf die Kommunisten zu zeigen, worauf die Mitbewohnenden im Zimmer auch meine Frau wegen meiner politischen Einstellung angriffen und belästigten. Auch habe ich gehört, daß sozialdemokratische Arbeiter bei der Verteilung der Sachen besser abschnitten wie Kommunisten. Ich bin der Auffassung, daß der Frau Kunert das Handwerk gelegt werden muß, denn in ein man Lebensmittel verteilen soll, braucht man sich nicht schäbigerweise politisch zu belämpfen. (Wir sind derselben Meinung. D. Red.)

Die Weihnachtsgabe der Unternehmer.

Deutsch-Ossa, 22. Dezember.

Die Arbeiter der Kassamer Werke wollten Vorshub zu Weihnacht haben. Sie verlangten circa 14-15 Mark. Der Herr Direktor hat jedoch die Auszahlung dieses Vorshubes verweigert, obgleich die Firma in der Lage wäre, das Geld ohne weiteres auszugeben. Dafür müssen aber die Arbeiter 12 Stunden schuften.

Weihnachtsgabe des Zentralverbandes der Angestellten!

Wie alljährlich, so hat auch in diesem Jahre wieder die Ortsgruppe Breslau des Zentralverbandes der Angestellten neben der leucenden Unterstutzung eine besondere Weihnachtsgabe an die stollenen Mitglieder unter Berücksichtigung des Familienstandes und der Dauer der Erwerbslosigkeit zur Auszahlung gebracht. Trotz der beträchtlichen Zahl der Stellunglosen konnte die Weihnachtsgabe auf mindestens 6 Mark bis steigend zu 20 Mark demersin werden. Ueber die unerhofft Spende waren besonders die schon seit längerer Zeit erwerbslosen Angestellten sehr erfreut.

Die Breslauer „Bolschewik“ bringt gestern einen Artikel über die Lage der Arbeiter in Russland, auf den sich eine Antwort untererstit nicht lohnt. Warum drückt dieses Blatt nicht den englischen Gewerkschaftler Purcell ab, den es selbst für einen ersten und erfahrenen Menschen hält?

Aus der Provinz

16000 Mk. dem Reichen — 80% Mietzinssteuer den Armen.

Die Geschäftssozialisten Nieder-Salzbrunn als Zuhälter des Kapitals entlarvt.

Am vergangenen Donnerstag fand eine interessante Gemeindevorstellung statt, die so richtig der SPD die Waage als Arbeiterpartei vom Gesicht riß. Zwei wurden mit 10 und Reich 3000 Mark für die Sozialrentner und Erwerbslosen bewilligt. Genosse Großer stellte weiter den Antrag, daß sämtliche Erwerbslosen und Sozialrentnern von Seiten der Gemeinde die Miete bezahlt wird. Die Sozialdemokraten und Bürgerlichen beantragten diesen Antrag dem Finanzauschuss zu überweisen. Dagegen dem Antrag zeigte sich so recht das Verständnis des Sozialdemokraten Kassenkandaten Bogt für die Erwerbslosen und Sozialrentner, indem er erklärte, wie Genosse Großer überhaupt dazu käme, solche Anträge zu stellen, da er erst der ersten Schritt bedürftig und die Kassenverhältnisse der Gemeinde nicht kenne. Wir möchten diesem feinen Herrn nur einmal sagen, daß unter Genosse Großer schon Gemeindevorsteher in Nieder-Salzbrunn war, ehe der Novembersturm den Herrn Bogt nach Nieder-Salzbrunn wehte. Als der Antrag des Genossen Großer zur Abstimmung kommen sollte, versuchte der Vorsitzende Herr Strahl diesen Antrag zu sabotieren. Bei der Abstimmung ergab sich das Resultat, daß die ganze bürgerliche Klasse mit Einschluß der Sozialdemokraten gegen den Antrag unserer Genossen stimmte. Bemerkenswert ist, daß der Sozialdemokrat Schubert, welcher auch im Arbeitsprozeß mit dem Genossen Großer für den kommunistischen Antrag stimmte. Nachdem beantragte der Sozialdemokrat Kleffsch, die letzten drei Punkte in geheimer Sitzung zu beraten. Genosse Großer stellte den Antrag, die Punkte in der Öffentlichkeit zu behandeln, da wir als Kommunisten nichts vor den Bürgern zu verheimlichen haben. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. In dieser geheimen Sitzung traten Sachen zutage, wodurch sich in der Einwohnerschaft eine starke Erregung bemerkbar macht. Die Firma Ohme schuldet der Gemeinde Nieder-Salzbrunn seit 1923 etwa 3000 Mark (Weihnachtsgeld) Mark Steuern. Da die Firma Ohme die Steuern nicht bezahlen wollte, wurde vom Sozialdemokraten Kleffsch und Hilfssozialen Kaufmann Beckler mit der Millionenfirma Ohme eine Abmachung unterzeichnet abgeschlossen. Die Firma Ohme braucht also jetzt nicht die 3000 Mark bezahlen, sondern es wurden Konzessionen gewährt.

so daß sie nur 14 000 Mark zu bezahlen hat. Die 14 000 Mark sind der schwächeren Firma noch gestundet worden. Es braucht das Geld erst in drei Raten bis zum Mai 1925 zu bezahlen. Da das Abkommen notariell festgelegt ist und beiderseitig die Kosten zu zahlen sind, wird höchstwahrscheinlich noch die Hälfte von den 14 000 Mark fließen gehen und nur einen minimalen Betrag von den 30 000 Mark die Gemeindefasse erhalten.

Arbeiter hier könnt ihr wieder deutlich sehen, daß die Sozialdemokraten und das Bürgeramt für die notleidenden Gewerkschaften und Sozialrentner kein Geld haben. Hier aber wagt man es einer Weltfirma in den Rücken. Bei der Abstimmung setzte sich der Sozialdemokrat Klefisch warm dafür ein, daß der Millionenfirma Dama 16 000 Mark geschenkt wurden und stimmte mit den Bürgerlichen für dieses Abkommen, was auch angenommen wurde.

Arbeiter von Nieder-Salzbrunn! Wam werdet ihr diesem sozialdemokratischen und bürgerlichen Banquettum den Fuhrtritt geben? Denkt daran, daß dieser Millionenfirma 16 000 Mark geschenkt worden sind, mit Hilfe des Sozialdemokraten Klefisch und des Kaufmann Geisler. Diesen Kaufmann Geisler habt ihr es auch mit zu verdanken, daß ihr jetzt die erhöhten Mietssteuerauslässe zu zahlen habt! Kommt zur nächsten Einwohner-Versammlung.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Der Oberlokomotivführer Kornjöl verunglückte auf der Karlsruher-Gebirgsbahn dadurch tödlich, daß ihm ein Bein vollständig abgerissen wurde und er an Verblutung verstarb.

Dem Saugmaschinen verunglückte der Aderlauerer Heinrich Bengel wahrscheinlich dadurch, daß die Pferde scheuten und durchgingen, wobei Bengel von dem Wagen fiel und so unglücklich unter die Räder zu liegen kam, daß ihm beide Schenkelbeine gebrochen wurden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag im Niederdorf. Erhöhen der Kutscher des Gutsbesizers Hermann Langenöls rechtzeitig ausgewichen war, fuhr ein oorbellaufendes Auto herauf in das schwerbeladene Fuhrwerk, daß daselbe zur Seite geschleudert und durch den harten Ruck der schon bejahrte Kutscher Gehirnschlag erlitt und überfahren wurde. Dem Bauernswerten wurden dadurch beide Beine gebrochen und erfolgte eine Ueberführung ins Raubauer Krankenhaus. Das Auto fuhr unerkannt davon.

Die Folgen der schlechten Wohnungen. Das märzliche Personal des Fleischermeisters Schapke hatte abends den Kesseln in Feuerung gesetzt und sich dann zur Ruhe begeben. Gegen 12 Uhr erwachte der Lehrling Rescher und bemerkte ein Unwohlsein. Er stand von seinem Lager auf, öffnete die Fenster und begab sich in den Pferdestall, wo er seine Nachtruhe fortsetzte. Ein Gefelle und zwei Lehrlinge blieben in dem Schlafe. Morgens fand man in ihren Betten schweres Blut, aber noch lebend, den Gefellen und die beiden übrigen Lehrlinge. Wiederbelebungsbemühungen waren bei zwei der Verunglückten erfolgreich. Der Lehrling Krause jedoch konnte nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

Einmalig zum Weihnachtsfest zum Opfer gefallen ist in der Nacht zum Montag der Knecht Paul Bardeck aus Beute. Der bei dem Feliger Gustav Schmidt in Spaschitz beschäftigt war. Er wurde schlagartig in das hiesige Krankenhaus eingeliefert, wo er starb.

Polizei. "Seldentaten". So wie in vielen Orten des Reiches, so verhält man auch hier die Kommunisten zu vernichten. Da es die alten SPD-Helden nicht selbst wagen,

scheiden sie ihre Jugend vor. Besonders hat sich das Büchchen von Schwarzrotgold, Richard Kaupach, hervorgetan, indem er unsere Mafate herunterriß, damit ja nicht zuviel Arbeiter die Schande der SPD zu leben bekam. Da die Volkshäuser Arbeiter zur Genüge wissen, was für ein Fräulein dieser Kaupach ist, lohnt es sich nicht, diese Sorte von Reichsbanner näher zu bezeichnen. Wenn wir Kommunisten auch an Stimmen verlieren haben, so soll das uns von der Arbeit nicht abhalten. Mehr denn je werden und wollen wir arbeiten. Sinn werden der SPD-Arbeiter die Augen aufgehen, wohin sie von ihren Führern gebracht worden sind.

Breslau

Die Proletariermutter.

Am Weihnachtsabend, trüb und matt,
Geht durch die Straßen der großen Stadt,
Dort, wo die Mäden am hellsten sind,
Eine Arbeiterfrau mit ihrem Kind.

O Mutter, sieh, der Weihnachtsmann,
Mit Tannenbaum und Lichter dranh!
Dort, wo die Mäden am hellsten sind,
Eine Arbeiterfrau mit ihrem Kind.

O Mutter, sieh, das Schwanenfisch,
Das wird gewiß für mich besorgt!
Lah ab, mein Kind, der schöne Tand
Ist nicht gemacht für deine Hand.

O Mutter, sieh, der Nikolaus,
Der trägt ein ganzes Kuchenpaß!
Schweig, Kind! Nicht Kuchen tut uns not;
Uns fehlt zu Haus das trockne Brot.

Ich, liebe Mutter, all die Pracht,
Ist sie nicht auch für mich gemacht?
Nein, Kind, der Glanz von diesem Licht,
Zu armen Kindern bringt er nicht.

Ich, liebe Mutter, hilft denn Gott
Nicht auch den Armen aus der Not?
Nein, nein, mein Kind, bei meinem Schwur:
Er ist ein Gott der Reichen nur!

Da birgt das Kind vor Herzeleid
Das Köpfchen in der Mutter Kleid.
Und hell erklinget weit und breit
Das „Freue dich, o Christenheit“!

Die Militärrenten für Januar.

Die Militärrenten richten sich nach den Grundgehältern der Reichsbeamten. Da dieselben in letzter Zeit eine Veränderung erfahren haben, gestaltet sich die Militärrente für Januar wie folgt:

1. Grundbetrag für Januar nach dem Stande vom 1. 8.
2. 15 Prozent Erhöhung für Januar.
3. 11 Prozent Nachzahlung für Dezember.
4. 6 Prozent Nachzahlung für November.

Insgesamt also die Rente vom August plus 32 Prozent Erhöhung. Die Renten gelangen diesmal nicht wie üblich, am 21., sondern bereits am Sonnabend, den 27. Dezember, zur Auszahlung.

An den Drauger.

Ein Zeitungshändler schreibt uns:
Wir als Zeitungshändler verbietet die Schmap- und
Altfirmen „F. & H. G.“ in ihren lokalen Zeitungen so
munkelhaften Inhalts zu verkaufen. Das ist mit uns
unverständlich, da doch die Firma nur von Arbeitern
lebt.

Die Kapitalisten werden von Tag zu Tag frecher. Jetzt
verbieten sogar schon Geschäfte, die nur von Arbeiterfirmen
leben in ihren Räumlichkeiten den Verkauf kommunistischer Zei-
tungen. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um die Ge-
schäftsleitung zu einer anderen Einsicht zu bringen.

Arbeiterrückfahrkarten. Aus Anlaß des Weihnachtsest
dürfen Arbeiterrückfahrkarten schon am 23. Dezember gelöst und
benutzt werden.

Gekäufliches.

Wir machen unsere Leser auf das Inserat der Zigaretten-
fabrik „Yenidze“ aufmerksam, deren Fabrikate in jedem Zigaretten-
geschäft zu haben sind.

Köppel
im Geschmack in Aroma
sind die neuen

Salem Aleikum
und **Salem Gold**
Zigaretten
in neuen vollen Formaten

Ein Versuch
wird Sie
überzeugen

Rot 4 Pfg., grün 5 Pfg., Salem Cavalier 6 Pfg.
Cabinet 8 Pfg., Exquisit 10 Pfg. d. Stück

Nur echt mit Firma:
Orientalische Tabak- und
Zigarettenfabrik „Yenidze“
Jnh. Hugo Zietz, Dresden

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glöckner,
Breslau; Inzerate: Kurt Müller, Breslau. — Verlag:
Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Penzag-Verlag, Druckereifabrik Breslau.

Theater

Dienstag, 23. 12. 1924.

Stadttheater
„König Lear“
Der „Lobkowitz“
Roberttheater
„Mutter“
Theatertheater
Das letzte Schandmal
Schauspielhaus
„Die Marisa“
Diebische Theater
Barock-Oper: „Lulu“

Schauspielhaus

Operettenkühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
In neuer Inszenierung:
Die Marisa

Beraminungstatender.

Breslau, Freitag, den 20. Dezember,
11 Uhr im Hotel Royal, Poststra-
ße 6, werden alle Funktionen eines
württembergischen Königs zu erörtern.

Kindergruppen

Breslau, Freitag, den 20. Dezember,
11 Uhr im Hotel Royal, Poststra-
ße 6, werden alle Funktionen eines
württembergischen Königs zu erörtern.

Kantl. Bekanntmachung von Dittersbach.

Das hiesige Ständesamt ist am 21.
Dezember bis 1 Uhr mittags, und am
26. Dezember 1924 zur Anmeldung von
Einkaufs- und Verkaufsstellen in der Zeit
von 11 bis 12 Uhr mittags geöffnet.
Dmitzsch, den 21. Dezember 1924.
Der Ständesbeamte.

Genossen!

Ihr könnt keine Zellenarbeit
leisten, wenn ihr nicht die

Internationale mit dem Anhang Der Parteiarbeiter

ist.

Bestellt sie sofort bei Eugen Literatur-
abmann oder
in der Buch-
handlung der

Schles. Verlags-Gesellschaft
G. m. b. H.
Breslau, Trebnitzer-Straße 58.

Leset und verbreitet die
Schles. Arbeiter-Zeitung!

Der Knüppel wieder freigegeben.

Lebt diese satirische Arbeiterzeitung und
sorgt dafür, daß diese scharfe Waffe
des kämpfenden Proletariats
wieder in die Hände
der Arbeiter kommt.



In beziehen durch die Literaturabente und die
Buchhandlung der
Schlesischen Verlags-Gesellschaft
G. m. b. H.
Breslau, Trebnitzer-Straße 58.

Bis 25 ten
Dezember muß das
Postabonnement auf die
„Schlesische Arbeiter-Zeitung“
erneuert werden.

Dieser Bestellzettel ist der dortigen Post bezw. dem Postboten auszubringen.

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt hiermit für Monat Januar 1925
bei der Postanstalt in _____

_____ Exemplare der Zeitung

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“

zum Preise von monatlich 2,25 M. zur Lieferung ins Haus

Name _____

Stadt _____

Wohnung _____

B · R · E · S · L · A · U



Kaufes Nachf.

Breslau
Abelbergstraße 18
Telephon Ring 2166

**Haus- und
Küchengeräte**

**Eisen- und
Stahlwaren**

Textilhaus Lebe

Kapitelschmidestraße 15
Blusen, Kleider, Röcke, Unterröcke, Kinderkleider
Nur eigene Fabrikate

Kaufhaus am Dom

Billigste Bezugsquelle

für
Weihnachtsgeschenke

Wirtschaftsartikel, Luxuswaren, Lederwaren

Grosse Spielwaren-Ausstellung

Heimlich Nacht

Reserviert.

Enorm billig
kauft man
in der

6000-Diele

Breite Straße 3
Ecke Neße Oble

Reserviert.

Schuhhaus Ohr

BRESLAU II
Herdainstraße 25
Telefon: Oble Nr. 623

Spezialhaus
für feines,
gediegenes

**Schuhwerk
Sportschuhe**

in hervorragender
Ausführung

Aufmerksamste
Bedienung!
Größte Auswahl!